

Bezugspreis:
Festabonn. 30.— M., monatl. 10.— M.,
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., erst Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 10.— M.,
für das übrige Ausland bei taglich
einmal Zustellung 21.50 M. Post-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. — Angestrichen in
die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt u. Zeit“ erscheint wochen-
täglich zweimal Sonntags und Men-
tags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 5. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:
Die abgemessenen Kompositionen
Lauf 3.— M., Leuchtungsanschlag 30 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das er-
stgedruckte Wort 1.— M. (zuletzt ge-
druckte Wort), jedes weitere
Wort 60 Pf., Stellenanzeigen und
Schlafstellenanzeigen das erste Wort
65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte, Telexnachrichten 60 Pf.,
Familien-Anzeigen für Abonnenten
50 Pf. — M., politische und so-
zialistische Vereine-Anzeigen
2.— M. die Zeile ohne Aufschlag
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gebühren
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Der Kanzler vor den Wählern.

Eine stürmische Riesenversammlung. Der Reichskanzler gegen rechts und links.

Ungeheure Massen strömten gestern abend nach der „Neuen Welt“, wo unsere Reichskanzler Parteigenossen eine Wählerversammlung mit dem Reichskanzler Hermann Müller als Referenten einberufen hatten. Schon eine Stunde vor dem festgesetzten Beginn der Versammlung war der riesige Saal samt den Galerien und Nebenräumen von einer Kopf an Kopf gedrängten, noch Tausenden zählenden Menge dicht gefüllt. — Ein Beifallssturm durchbrauste den Raum, als Genosse Müller auf der Bühne erschien.

Herrmann Müller führte im wesentlichen aus: Die rechts-
stehende Presse hält sich darüber auf, daß Minister im Lande
herumreisen und Wahlreden halten. Die Presse der Rechten hat
noch nicht begriffen, daß sich die Zeiten geändert haben.
Früher kamen und gingen die Minister auf Verlangen des Mon-
archen. (Zuruf: Die heutigen gehen überhaupt nicht!) Die
heutigen Minister bleiben genau so lange,
wie sie das Vertrauen des Parlamentes
haben. (Starker Beifall.)

Als sich bei den folgenden Ausführungen des Redners
Friedenrufer bemerkbar machten, die es augenscheinlich auf eine
Störung der Versammlung abgesehen hatten, fertigte sie Genosse
Müller ab mit dem Hinweis, daß er in anderen Großstädten in
Gegenwart von Unabhängigen und Kommunisten ohne Störung
gesprochen habe. Die Herren, die diese Versammlung zu einer
Spektakelversammlung machen wollen, sollen sich ruhig
verhalten, bis sie zum Wort kommen. (Starker Beifall.) Der
Redner fuhr fort: Den Gegnern des heutigen Systems sei gesagt,
daß es uns gelungen ist, unter den schwierigsten Verhält-
nissen die

Einheit Deutschlands aufrechtzuerhalten.

Es gibt für die deutsche Einheit zwei Gefahren. Die eine
droht von links. (Unruhe und Beifall.) Wenn in irgendeinem Teil
Deutschlands die Diktatur aufgesiedelt werden sollte,
so muß das zu einem Zerfall des Reiches

werden. (Starker Beifall.) Eine Diktatur in Mittel- oder
Süddeutschland würde den Abfall der Rheinlande vom Reich
zur Folge haben. Das müssen wir als Politiker in Rechnung
stellen. (Zuruf.) Denjenigen, die über solche Möglichkeiten leicht-
fertig urteilen, wird am 6. Juni die Diktatur erteilt werden.
(Starker Beifall.) Ich fürchte die Gefahr von links nicht, denn ich
vertraue dem gesunden Sinn der deutschen Ar-
beiter, die eine sozialistische demokratische Erziehung hinter sich
haben und bei ihren Festen gesungen haben:

„Nicht mit dem Kötzger der Barbaren, mit Schwert und Spieß
nicht kämpfen wir.“

(Zuruf: Kosse! Große, einige Minuten anhaltende Unruhe.)
Infolge des Zwischenfalls „Kosse“ verzichtete der Redner darauf,
die Gewaltpolitik von links die „Kosse-Politik“ hervorzuheben
und daß auch bei den letzten Märzkämpfen im Ruhr-
gebiet, nachdem der reaktionäre Putsch niedergeschlagen, ver-

brecherische Elemente mit den Waffen das Land be-
zerrung haben, so daß selbst sozialistische Arbeiter um
den Einmarsch der Reichswehr gebeten haben.

Wir haben vor allen Dingen unser Augenmerk zu richten
auf die Gefahr von rechts. (Unruhe.) Es ist möglich, daß ent-
lassene Offiziere, die aus dem Rapp-Putsch nichts gelernt haben,
an einen neuen Putsch denken. (Einsperren!) Soviel, jeder
soll eingesperrt werden, dessen man habhaft werden kann. Wir
werden alle einsperren, auf die wir gewiesen werden. Aber unsere
Schuld ist es nicht, wenn sich herausstellt, daß die uns gemachten
Angaben nicht zutreffen. Es würde die schwersten Folgen
für Deutschland haben, wenn es zu neuen Unruhen kommen
sollte. Die Leute, die zu solchen Abenteuern bereit sind, rechnen
auf einen Putsch von links, bei dem sie als die Retter des
Vaterlandes auftreten können. Die Arbeiterklasse darf sich deshalb
nicht provozieren lassen. (Beifall.) Ich glaube, wir können auch die
Gefahr von rechts bannen. Die Abwehr des Rapp-Putsches hat be-
wiesen, daß wir in Deutschland eine Mehrheit von Demo-
kraten und Republikanern haben, die gewillt sind, mit
aller Kraft für ihre Ueberzeugung einzutreten. (Beifall.) Der
Putsch konnte zurückgeschlagen werden, weil die Fraktionen der Ar-
beiterklasse den Putschisten gegenüber

eine einheitliche Front

bildeten. (Starker Beifall.) Auch unser Vertrauen im Aus-
land ist durch die tatkräftige Bekundung demokratischen Willens
gestärkt worden.

Den Friedensvertrag von Versailles, der uns aufgezwun-
gen ist, wollen wir ehrlich ausführen. Dazu ist aber not-
wendig,

daß man uns Luft läßt

und die Möglichkeit, unser Wirtschaftliches wieder aufzu-
bauen. — Wir stehen vor der Konferenz in Spa. Wer dahin
geht und wie die Verhandlungen ausfallen, das wird von dem
Ausfall der Wahl abhängen.

Ausgeschlossen ist es, daß wir mit der Partei des Herrn Strese-
mann in irgendeine Koalition eintreten. (Starker Beifall.)

Man macht uns für den schweren Waffenstillstands- und den Friede-
nsvertrag verantwortlich. Mit Unrecht. Ludendorff hat ja
zum Waffenstillstand gedrängt, weil er fürchtete,
daß sonst das Meer in offener Reichsflucht besetzt werden würde.
Nicht wir haben die deutsche Front erdolcht, sondern die
Deute sind an dem Unglück Deutschlands schuld, die

die Kraft des deutschen Volkes verwüsten

haben. (Starker Beifall.) Nicht die Revolution, sondern
der Militarismus hat Deutschland zugrunde gerichtet.
Er hat für alle Zeit abgewirtschaftet. Auch die Zeiten der Mon-
archie sind in Deutschland vorüber. Es gilt, durch die Wahl zu
zeigen, daß ein großer demokratischer Modus in Deutschland vor-
handen ist. Niemals wäre die deutsche Arbeiterklasse mit solcher
Kraft gegen Rapp aufgetreten, wenn sie nicht wüßte, was die
republikanische Verfassung für sie bedeutet. Wir haben nicht nur
die Verfassung, wir haben auch der Achtstundentag zu
verleihen. Deutschland kann sich wirtschaftlich nur erholen, den
Arbeitern ein gewisses Maß von Arbeitsfreudigkeit zu geben. (Ka-
pitalismus abschaffen!) Sagen Sie mir nur, wie man den Kapi-
talismus abschaffen und den Sozialismus einführen soll in einem

Land, dem es an den notwendigen Rohstoffen fehlt,
wollt ihm die ausländischen Bezugsquellen verschlossen sind. Selbst
wenn man den Geist eines Karl Marx hätte, würde es nicht
möglich sein,

aus dem Chaos den Sozialismus aufzubauen.

(Beifall.) Meint der Zwischenrufer vielleicht, wir sollen
den Sozialismus einführen, der in Sowjetrußland besteht?
In Rußland herrscht Hunger und Elend. (Beifall.) Vor
einem solchen Sozialismus

bedanken sich die deutschen Arbeiter.

(Beifall.) Wir sind für die Abrüstung, soweit es die
Sicherheit Deutschlands zuläßt, aber wir erwarten, daß auch in
den Ententeländern automatisch die Abrüstung erfolgt.
(Beifall.) Wir wollen einen dauerhaften Frieden. Wir
treten ein für unsere alten Ideale. Unsere Partei ist die alte
geblieben. Wir wollen

ein Deutschland der Freiheit und der Arbeit

anfrichten. (Starker Beifall.) Unsere alten Ideale werden unsere
Kraft im Wahlkampf beleben. Zum Wiederaufbau Deutschlands
können wir nur

auf dem Boden der Demokratie

kommen und auf diesem Boden werden wir uns durchkämpfen zum
Sozialismus. (Stürmischer, minutenlang anhaltender Beifall.)

Während der Rede des Genossen Müller hatte sich ge-
zeigt, daß eine nicht unbeträchtliche Minderheit von Un-
abhängigen und Kommunisten im Saale war. Die
fortgesetzten Störungsversuche von dieser Seite
wurden von Genossen Müller jedesmal so treffend
zurückgewiesen, daß die radaulustigen Elemente zum
Schweigen kamen. Als Müller nach Schluß seiner Rede
von der Bühne abtrat, machte die Minderheit einen unge-
heuren Lärm und verlangte, Müller solle dableiben. Darauf
teilte Müller mit, daß er sich nicht der Diskussion mit den
Gegnern entziehen wolle, sondern daß er im Garten (wo
sich Tausende angeammelt hatten, die im Saale keinen
Platz mehr gefunden hatten) reden wolle und daß er sich nach-
her den Diskussionsrednern zur Verfügung stelle.

Man erhielt die zweite Referent, Alara B o s h e n d u c h,
das Wort. Die Minderheit verhielt sich aber so provozierend
unruhig, daß die Rednerin kaum in aller nächster Nähe zu ver-
stehen war. Nachdem sich die Rednerin kurze Zeit vergebens
bemüht hatte, durch im Hintergrunde des Saales veranstat-
teten, immer stärker werdenden Lärm durchzubringen, gab
sie den erfolglosen Kampf mit den Lärmmachern auf und
trat ab.

Einige Diskussionsredner sprachen unter fort-
gesetztem Lärm, der durch Pfeifen auf Hauschlü-
seln verstärkt wurde. Da eine Fortsetzung der Debatte unter
diesen Umständen unmöglich war, wurde ein Schluß-
antrag gegen die Stimmen der radaumachenden Minder-
heit angenommen und die Versammlung mit brauenden
Hochrufen auf die deutsche Sozialdemokratie
geschlossen.

Ausbreitungen in Gleiwitz. Franzosen verprügeln Polizeibeamte.

Gleiwitz, 4. Juni. Infolge allzu liebendwürdigen Beneh-
mens eines Mädchens gegenüber einem Franzosen, der sie in Säug-
nehmen, kam es gestern abend in einem hiesigen Tanzlokal zu einer
wüsten Schlägerei seitens einer großen Anzahl französischer
Soldaten, die sich unter Androhung von Wassergewalt Eintritt in
die geschlossene Tanzgesellschaft verschafft hatte. Ein städtischer
Wachtmeister, der beruhigend einwirken wollte, wurde mit dem
Bleistift an dem Lokal hinausgedrängt. Danach fürmten
150 Franzosen, wie die „Preßburger Morgenzeitung“ meldet,
eine in der Nähe liegende Polizeiwache. Die Beamten
wurden überaus zerschlagen, u. a. wurde ein schon auf dem
Bett liegender schwerverletzter Beamter mit dem Seiten-
gewehr gestochen. Auch die zu Hilfe gerufene Sicherheits-
polizei geriet mit den Franzosen zusammen. Schließlich ergriffen
die Franzosen, um sich der Verantwortung für ihre Taten zu ent-
ziehen, die Flucht. Heute abend findet eine große Kundgebung
der Gleiwitzer Arbeiterschaft statt, die unter allen Um-
ständen die Entwaffnung der Franzosen außerhalb des
Dienstes verlangen wird. Der Gleiwitzer Magistrat sandte Tele-
gramme an die Regierung, an die Geschäftsträger der Allierten in
Berlin sowie an die Entente-Kommission in Oppeln mit dem Ersuchen,
sogleich einzugreifen, da der Magistrat nicht mehr Herr der Lage sei.

Ins Halseisen.

Paris, 4. Juni. Der ungarische Friedensvertrag ist heute
nachmittag im Trianon-Palast-Hotel unterzeichnet worden.

Ungarischer Menschenraub in Wien.

Wien, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Freitag morgen hörte ein Polizeikommissar, der zufällig an der
Donau entlang kam, Hilferufe und sah, wie sich ein Mann
dagegen wehrte, auf ein Schiff geschleppt zu
werden. Der Polizeibeamte wollte auf das Schiff gehen, da man
ihm aber keinen Zutritt gewährte, holte er Verstärkung. Auf dem
Schiff wurde außer dem Mann, der sich gewehrt hatte, noch ein
zweiter gefunden, der in trunkenem Zustand auf das
Schiff verschleppt worden war. Die beiden Kerle, die den Menschen-
raub begangen hatten, natürlich zwei Ungarn, wurden ver-
haftet.

Neue Pogrome in Budapest.

Wien, 4. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Das
Blatt der ungarischen Flüchtlinge in Wien teilt mit, daß am Montag
abend in Budapest mit Knäpeln, Messern und Säbeln bewaffnete
Offizierbanden die jüdischen Gäste eines Restaurants angriffen
und neun von ihnen ermordeten. Am Mittwoch erregten sich
die Ausbreitungen, wobei einige hundert Leute die jüdischen
Gäste im Hotel Hungaria mit Stockhieben traktierten.

Roter Kriegsbericht. Der polnische Druck.

Modlan, 4. Juni. Radiowebung. Südwestlich Drissa haben wir
einen Angriff des Feindes abgewehrt. Im Abschnitt von
Sivencjan sind unsere Abteilungen nach einem erbitterten Kampfe
gegen Osten zurückgegangen und kämpfen jetzt in der Um-
gebung von Tumulowitsch. In der Richtung auf Wolodetschno
dauern die Kämpfe an, wobei einzelne Stellungen ihre Besitzer

wechseln. In dem Gebiete westlich von der Dersina sind
unsere Abteilungen unter dem generischen Druck 10 bis 15 Meile
gegen Nordosten und Norden zurückgegangen. Im Riewer
Gebiet kämpfen unsere Abteilungen mit einer feindlichen Abteilung,
die auf das Ufer des Dnjepz befördert worden ist. Im Ab-
schnitt vom Marjan stehen unsere Truppen im Kampfe mit einer
Hebermacht der Polen, welche bedeutende Verstärkungen dort
hingeworfen haben. Die erbitterten Kämpfe werden 15 bis 20 Meile
nördlich und nordwestlich von der Stadt Taraschitsch geführt, wo es
dem Gegner gelang, bis zur Eisenbahn vorzudringen. Er
wurde durch wiederholte Gegenangriffe südlich von Delojezka ver-
trieben. Unsere Kavallerie hat, durch Infanterie unterstützt,
den Feind überfallen und mehr als 900 Polen vernichtet. (1).
Südlich der Stadt Swira haben wir den angreifenden Gegner
zurückgeworfen. Es wurden Gefangene gemacht und fünf
Maschinengewehre erbeutet. Im Abschnitt der Stadt Wopniarka
haben unsere Truppen den Widerstand der Polen gebrochen.
haben sich der Station Krivoziel und einer Anzahl Gemeinden
beiderseits der Eisenbahnlinie bemächtigt. Wir erweitern unseren
Erfolg in der Richtung nach Norden.

Krassin in London.

Havas meldet aus Washington, Amerika werde auf der
Konferenz des Obersten Wirtschaftsrates mit Krassin inoffiziell
vertreten sein.

„Daily Mail“ behauptet, der englische Staatssekretär des
Außen, Lord Curzon, wolle demissionieren, weil er ein ent-
schiedener Gegner dieser Verhandlungen mit Krassin sei.
Da das Korrespondenzblatt selbst selbst stark gegen Lloyd George
und diese Verhandlungspolitik mit Sowjetrußland agitiert, ist diese
Redung mit Vorbehalt aufzunehmen. Ein Rücktritt des anti-
sozialistischen Ehemaligen Schatzmeisters Churchill läme schon eher in
Betracht.

Zahlen für die Wahlen.

Mit gespanntem Interesse sieht das deutsche Volk dem Ausgange des Wahlkampfes entgegen. Der 6. Juni wird der Prüfstein für die deutsche Republik sein, von der Haltung der Wähler, von denen alle Staatsgewalt nach der Verfassung ausgeht, hängt das Schicksal des Landes ab.

Bei der Wahl zur Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 gaben im Deutschen Reich 30 524 848 Wähler und Wählerinnen ihre Stimmen ab, das waren etwa 85 Proz. der Wahlberechtigten. 124 504 der abgegebenen Stimmen waren ungültig. Von den gültigen entfielen auf die einzelnen Parteien:

Table with 2 columns: Party Name and Votes. Includes Sozialdemokraten (11 000 048), Unabhängige (2 317 290), Demokraten (5 570 774), Zentrum (5 777 188), Deutschnationale (8 005 001), Deutsche Volkspartei (1 533 167), Wesen (290 304), Bayerischer Bauernbund (275 791), Schlesw.-Holst. Bauern-Demokraten (57 913), Braunschweig. Landeswählerverband (56 858).

Ein glatter Vergleich mit den Zahlen vom Vorjahr wird diesmal nicht möglich sein, weil einige, wenn auch nicht erhebliche, Änderungen in der Wahlkreiseinteilung vorgekommen sind. Die heutige Wahlkreiseinteilung sieht nach 35 Kreise vor, während die Wahlordnung für die Nationalversammlung deren 38 zählte.

Von den übrigen früheren Kreisen fällt die Provinz Westpreußen als Wahlbezirk aus. Von dem Rest ist der größere Teil zu dem Wahlkreis Frankfurt a. O. geschlagen, ein kleinerer Teil mit 1939 Einwohnern zum Wahlkreis Pommern. Der frühere Wahlkreis Hamburg-Bremen-Stade ist getrennt, so daß Hamburg einen Wahlkreis für sich bildet.

Es ist also eine Vergleichsmöglichkeit nicht mehr gegeben, da die Wahlkreise weder der Nummer noch dem Umfang nach mit den gegenwärtigen identisch sind. Zu beachten ist auch, daß die drei Kreise: 1. Wahlkreis (Ostpreußen); 10. Wahlkreis (Doppel) und 14. Wahlkreis (Schleswig-Holstein), jetzt nicht wählen, weil die Abstimmungsfrage immer noch nicht erledigt ist.

Mandate zu versteigern!

Hinter den Kulissen der „Deutschen Volkspartei“.

Es ist also ans Tageslicht: Die „Deutsche Volkspartei“ betreibt mit ihren Mandaten einen schmerzigen Handel! Wer das meiste Geld gibt, bekommt das sicherste Mandat. Jener Direktor der Spiritusinteressenten, der sich von seinen Freunden 150 000 Mark erbettelte, weil er damit ein Mandat der Deutschen Volkspartei kaufen könnte, mußte sehr wohl, was er tat.

Wir haben... für die nächste Woche eine vertrauliche Besprechung der Industriellen anberaumt und wollen nun einmal hören, was und dort für Vorkläre gemacht werden. Neuerdings bewirbt sich ein von Generaldirektor Sgaler sehr warm empfohlener Kandidat, der Senatsrat a. D. v. Rheinbaben um eine Kandidatur.

Dem Schreiben, das vom 9. April datiert war, lag eine Abschrift der von Herrn Generalsekretär Salomon gefertigten Niederschrift über die Verhandlung mit Herrn von Rheinbaben wegen seiner Kandidatur bei. Sie lautet:

- Abschrift. Dresden, d. 9. April 1920. Niederschrift über die Verhandlung mit dem Legationsrat a. D. von Rheinbaben aus Berlin über seine Kandidatur. A. Die Finanzierung des Wahlkampfes mit eigenen und von ihm zu vergebenden Geldern. B. Die Herausgabe einer zweimal die Woche erscheinenden Zeitschrift. C. Beeinflussung der demokratischen Presse im Sinne einer Mäßigung im Parteikampf. D. Eigene weitestgehende Betätigung und Einrichtung eines eigenen Dresdener Bureaus.

Den Legationsrat v. Rheinbaben kann die Deutsche Volkspartei nicht abschätzen wie den Spiritusdirektor, denn v. Rheinbaben ist tatsächlich als Kandidat aufgestellt worden. Die Sache geht sehr einfach zu: Der Kandidat schießt die Kosten vor, ein paar Großindustrielle beraten hinter den Kulissen, und der „Volksvertreter“ der Deutschen Volkspartei ist fertig!

So sieht die Partei aus, die vorgibt, gegen Korruption und ungesunde kapitalistische Auswüchse zu kämpfen! Sie selber ist korruptiert bis auf die Knochen, sie ist die feile und käufliche Dirne des Großkapitalismus. Der Staat

Strefemann erweist sich als ein zweiter Kugelhahn, in dem der Riß der politischen Korruption so hoch liegt, daß selbst ein Hercules an seiner Reinigung verzweifeln müßte.

Was raten Euch Eure französischen Brüder?

Unter dieser Überschrift richtet die „Freiheit“ vom Donnerstag Abend an die Arbeiterschaft einen Appell, für die Unabhängigen zu stimmen, indem sie sich auf einen Satz aus dem linkssozialistischen Pariser Blatte „Populaire“ beruft, in dem es heißt:

„Ein Sozialist kann nicht Mitglied einer halbbürgerlichen Regierung mit einer nicht-sozialistischen Verfassung sein, er hört dann auf, Sozialist zu sein.“

Ob die deutschen Arbeiter wirklich auf die Ratschläge der französischen Sozialisten angewiesen sind, von denen man nicht gerade behaupten kann, daß ihre Taktik der französischen Arbeiterklasse besonders gut bekommen ist — wir verweisen auf die Kammerwahlen vom letzten November und auf den völlig mißglückten Generalkongress in den letzten Wochen — ist zumindest zweifelhaft.

Aber was raten uns eigentlich unsere französischen Brüder? Im anderen, viel wichtigeren Organ der französischen Sozialisten, in der „Humanité“ vom 1. Juni schreibt der Berliner Berichterstatter Gen. Fernand Caussly, der sonst aus seinen Sympathien für die Unabhängigen und deren Ziele kein Hehl macht, über die deutsche Wahlbewegung und Schlussfolgerungen, die aus den Landtagswahlergebnissen in Braunschweig und Mecklenburg-Strelitz abzuleiten wären, folgendes:

Die ständig wiederkehrende Erscheinung scheint eine Einbuße der Mittelparteien zu sein. Diese Erscheinung ist nicht ohne Risiko. Wenn sie zur Folge haben sollte, daß eine rein bürgerliche Regierung ins Auge gefaßt, die sicherlich nicht vor der Militärdiktatur zurückschrecken würde, dann könnte niemand behaupten, daß eine derartige Knechtung der Arbeiterschaft besser wäre als die gegenwärtige Koalitionspolitik, und daß die Revolution sich mit größerer Sicherheit daraus ergeben würde.

Das ist in der Tat eins der großen Risiken, die für die Koalitionspolitik der Mehrheitssozialdemokratie sprechen. Wir müssen zuerst verhindern, wie es jüngst der Wiener Genosse Otto Bauer für seine Partei sehr treffend ausführte, daß das Proletariat auch das verliere, was es hat!

Zwischen dem wirklichkeitsfremden Pronunciamento des „Populaire“, der uns — sowie Guxmans, Renner, Branting, Stauning, Lufar, de Broderre usw. — die sozialistische Gefinnung abspriht, weil wir und sie die Koalitionspolitik für zulässig erklären, und dem nichternen Urteil des Berliner Berichterstatters der „Humanité“, der die Dinge aus eigener Anschauung verfolgen kann, mag die deutsche Arbeiterschaft selbst wählen: dann wird sie am 6. Juni ihre Stimme der Mehrheitssozialdemokratie geben.

Die Ausschüsse der französischen Kammer haben den Antrag auf Aufhebung der Immunität des sozialistischen Abgeordneten Baillant-Conturier zugestimmt. Dieser Beschluß, wenn er im Plenum befolgt wird, müßte eigentlich automatisch die Verfolgung der übrigen 67 sozialistischen Kommunisten zur Folge haben, die sich durch Nachdruck des infamisierten Auftrages Baillant-Conturiers mit ihren eigenen Unterschriften mit ihrem jungen Fraktionsgenossen solidarisch erklärt haben.

Erinnert Euch! Und handelt danach!

Von Hans Watzmann.

Es ist gut, sich zu erinnern. Der Mensch ist vergänglich, und manchmal mag das ein Glück für ihn sein. Oft aber ist es nicht nur gut, sondern unbedingt notwendig, sich zu erinnern, auch wenn Erinnerung schmerzt, denn es gibt Geschehnisse im Menschenleben, wo Vergesslichkeit fast ein Verbrechen ist an sich und seinen Mitmenschen. Wo wir mit aller Kraft Vergangenes lebendig machen müssen, um die Gegenwart und die Zukunft zu formen.

Hell sind die Straßen im Frühlingsschlicht. Eine bunte Menschenmenge flutet über die sonnenhellen Wege, geschäftig, freudig, hastig. Man späht in die vielen Gesichter, sieht Gleichgültigkeit, müde Blicke des Alltags, verträumt lächelnde Jungmädchengesichter, die nach der Freude des freien Abends dürsten.

Witten in der Stadt liegt ein großes Gebäude. Aus toten Ziegeln erbaut. Klump. Gewaltig. Immer noch drohend. Einst war es das gefährlichste Gebäude der Stadt. Hier wurden Menschenchicksale mit einer Handbewegung, mit einem gebieterisch gesprochenen Wort, gegen das es kein Aufsehen gab, entschieden.

Hier hätten die Tränen aller Witwen und Waisen zusammenfließen müssen, um das fluchbedene Gebäude fortzuschleppen vom Erdboden.

Bezirkskommando!

Wißt ihr noch, was des Wort bedeutet? Mütter! Wißt ihr noch, daß dort eurer in Schmerzen geborener Knaben nackte Körper kühl und gefühllos geprißt wurden, ob sie reif waren für das graufige, wolfsstimmige Menschenfleisch?

Frauen! Wißt ihr noch, daß dort eurer Männer Leiber, entblößt, eine billige Ware, gewerbet wurden, abtaxiert, wie man Schlachtvieh abtaxiert, ob sie geeignet waren, vor Kanonen gepannt, in Gräben gebekt, Maschinengewehren, Fliegerbomben, höllischem Trommelfeuer preisgegeben zu werden? Wißt ihr noch, daß dort von brutalen Gewaltmenschen eure Gatten verhöhnt wurden mit heisendem Spott, daß man dort die Etnädrer eurer Kinder derächtlich machte und oft bis in die tiefste Seele fränkte?

Mütter! Denkt an eure toten Anaben, denen man gefühllos die Jugend raht, die man euch ohne einen Funken Mitgefühl, Hohn und Spott auf den bösen Lippen, raubte, als hätten sie euch nie gehört, als hätten ihr sie nie in eurem Schoße getragen! Gattinnen! Die ihr duldet und sorgt: Denkt an die hingemordeten Väter eurer Kinder, die man ausnachte wie Opfertiere, deren Brust man behorchtete, ob sie den Märchen durch Rußlands Weiten gewachsen, deren Augen man prüfte, ob sie fähig wären, das Herz des Menschen den Brühen zu erspähen, der auch Vater und Sohn war wie der eure!

Denkt ihr noch daran, wenn ihr an dem finsternen Ziegelbau vorübergeht? Geht in das tote Gebäude: Ihr riecht noch den Schweiß der nackten Leiber, die ein Wort machitrunkener Gewalttäter und Volkstochter dem Kriegsgott ans Messer lieferte!

Erinnert euch der Vergangenheit! Und handelt danach für die Zukunft!

Und ihr, Männer, die ihr heute wieder an Maschinen steht, in Bureau arbeiten oder aus der Gefangenschaft heimgekehrt, noch erwerbslos ein elendes Dasein fristet: Erinnert euch der Demütigungen, die gefürchtete Vorgesetzte euch antaten, erinnert euch der Schrecken des Grabenkrieges, des Sturmangriffs, der verlauchten Wochen in Dreck und Elend, erinnert euch der toten Kameraden, grönig und erbarmungslos im Massengrab verpackt, oder schreiend, hilflos, zerfetzt zwischen den feindlichen Gräben langsam vorrückend, erinnert euch der eijigen Nächte in Rußlands Schnee, der Hölle des Trommelfeuers, auch der Schlämmerraketen eurer Bedrücker, die, gewissenlos auch das Fleisch vom Rande wegstahlen, euch in

jeder freien Stunde hinter der Front, wenn das unauslöschliche Erlebnis des Kampfes noch in eurer Seele wirkte, wie die Sklaven behten und schuhrigelten, euch den Schlaf nicht gönnten und nicht die fünf Minuten, um den heimatischen Brief, die heimatische Zeitung zu lesen, erinnert euch, Landflurweo, Familienwäter, die ihr nie die „Ehre“ hattet, vor der eisernen Zeit des Kaisers Kopf zu tragen, des Drills in der Ausbildungszeit, wo man euch eurer steifen Glieder wegen höhnte, wo man euch beschimpfte, so gemein, wie ihr nie im Leben beschimpft worden waret, erinnert euch der Quälerei des glühenden Kasernenhofes, des sinnlosen Parade-marsches, der Hepe des „Rechts-auf-marschiert!“, des nutzlos vertrogenen Schweißes, der Plähe und der stumm getragenen Mätern!

Wißt ihr noch, Männer des tätigen Lebens, die ihr schon eine geachtete Stellung im Leben erworben hattet, die ihr eine Familie versorgtet mit eurer Hände, eures Geistes Arbeit, ihr, die ihr schon etwas geleistet, etwas erarbeitet, etwas geschaffen hattet, erinnert euch, wir ihr von Schönfeldn, kaum der Schulbank entwachsen, wie die dummen Jungen behandelt wurdet, viehisch, brutal, gemein.

Ihr alle, Mütter, Väter, Söhne, die ihr die ganze Schmach und Erniedrigung auskostetet am eigenen Leibe bis zur Reize:

Erinnert euch der Vergangenheit! Und handelt danach für die Zukunft!

Bogi. Bogi, mein lieber Bogi, ist eine Bulldogge und so schauerlich häßlich, daß man ihn unbedingt schön finden muß. Er ist überreichlich wachsam, idios und auf den Mann dressiert. Da mein Beruf und eine harte Arbeitslast nicht zwingen, die Abende und oft halbe Nächte hindurch in einem großen Hause ganz allein zu arbeiten, wird Bogi bedingt durch eigenes Selbstgefühl und anderer Leute Fürsorge, mitgenommen. Er selbst schätzt diesen „Mitgenommenwerden“ als hohe Ehre und fühlt sich diesfalls stolz. Abend für Abend wird er unter dem Schreibtisch gepackt. Ich stelle meine Füße auf ihn, denn was man unter den Füßen hat, kann man gut regieren, und so kann ich jede unerwünschte Offensive oder Defensivseinerseits dämpfen. Wenn ich ihn treie, quetscht er vor Freude und wenn ich ihn mit meinen Haden bearbeite, grunzt er vor Vergnügen. Habe ich ihn lange nicht mehr berührt, dann nimmt er sich rane halbe, gebundene Schuße) die Schleife eines Schuhs in's Maul und gerit daran. Das heißt: „Du, ich möchte so gerne mal wieder getreten sein.“

Dierdurch erinnert mich Bogi an eine gewisse Sorte Menschen, was an ihm das einzig sympathische für mich ist. Denn das Schenken dieser Menschen nach der Straffheit, nach der Autokratie, nach dem militärischen Alimbin, der es mit sich bringt, daß, wenn eine große Uniform auf dem Rücken erscheint, eine kleine Uniform in den Knien fliegt — es ist doch dasselbe Schenken, was Bogi hat: „Ja, möchte mal so gerne wieder getreten werden.“

Erna Bösing.

Heinrich Mann hat ein Drama „Der Weg zur Nacht“ vollendet, das den aus der Revolution gegen die Revolution aufsteigenden Napoleon zeichnet.

Die Produktions- und Absatzkrise.

Die Beratungen im Reichswirtschaftsrat.

Unterstaatssekretär Professor Girsch hielt eine Rede, in der er Vorschläge zur Abhilfe oder Linderung der gegenwärtigen krisenhaften Zustände machte. Die Valutabesserung hat auch zu einer Zeit angehalten, wo das Ausland alle Kräfte hatte, die deutsche Wirtschaft skeptisch anzusehen, so z. B. während des Kapp-Putschs und der darauf folgenden Streiks. Der Export hat sich gebessert und in einigen Monaten durchschnittlich fast 4 Milliarden Mark erreicht. Die Behauptung, daß Deutschland generell nicht mehr konkurrenzfähig am Weltmarkt sei, trifft in dieser Allgemeinheit keinesfalls zu. Die Lage ist verschieden, je nachdem die Rohstoffe

den Weltmarktpreis

haben oder nicht. Im großen Durchschnitt sind die Weltmarktpreise sicherlich noch nicht erreicht. Wir haben eine durchschnittliche Verteuerung der Lebenshaltung nach der einen Meinung um das 6- bis 8fache, nach anderen das 10fache des Friedensstandes. Im Ausland aber beobachten wir eine Preissteigerung auf das 5fache der Friedenspreise. Wenn man annimmt, die Mark sei heute ein Schiffe soviel wert wie im Frieden, so wäre ein völliger Ausgleich von Inlands- und Weltmarktpreisen gegenüber den inländischen Kosten der Lebenshaltung erst dann erreicht, wenn die Mark gegenüber der Auslandsbewertung halb so viel wert wäre wie vor dem Kriege, also vielleicht 50-60 Schweizer Centimes. Geht man aber davon aus, daß die Mark im Inland auf ein Niveau ihrer früheren Kaufkraft gesunken sei, so wäre eine Gleichheit mit den Weltmarktpreisen da, wenn die Mark etwa 30-33 Centimes kostete. Davon sind wir noch weit entfernt. Der Weltmarktpreis ist auch nicht zum fünften Teile erreicht bei den Kohlen - der Kohlenverbrauch läßt der deutschen Industrie noch eine enorme Exportmöglichkeit - ferner bei den Arbeitslöhnen. Wenn es weiterhin gelingt, die Ein- und Ausfuhr im Gleichgewicht zu erhalten, und

Störungen und Gewalttätigkeiten dem Wirtschaftsleben fernzuhalten, so müßte man wohl auf ein weiteres Steigen der Mark rechnen können.

Die augenblickliche Geschäftssituation ist verursacht durch das Verlegen der Kaufkraft, das schon vor der Besserung der Mark begann. In früheren Krisenzeiten kam man aber nicht sofort mit Produktions einsparungen, wenn die Krise zurückgingen. Heute freilich ist das Ausmaß des möglichen Verlustes so groß, daß die Stilllegung der Betriebe vielfach, finanziell gesehen, nicht so kostspielig erscheint. Das Verlustrisiko beim Verkauf ist enorm angewachsen. Darum werden jetzt

Betriebe stillgelegt,

an deren Erzeugnisse beim Verbrauch ein großer Mangel herrscht. Im allgemeinen ist die Lage noch nicht so trübe, wie man es in der Regel annimmt. Viele Industrien sind von der Absatzkrise noch ganz unberührt geblieben; für einzelne Industrien trägt die Krise nur vorübergehenden Charakter.

Zur Stabilisierung der Valuta auf einem Stande, der der Weltwirtschaft zuträglich ist, müßte man mit einer

planmäßigen Regelung der Devisenwirtschaft

versuchen, für die heute in der Devisenbeschaffung bereits Anlässe vorhanden sind. Weiter ist es notwendig, eine

Umgruppierung der Arbeiterschaft

unter den Betriebsmitteln in solchen Erwerbszweigen vorzunehmen, wo denen man weiß, daß sie für die nächste Zukunft unumkehrbar nützlich sind. Es ist bisher gelungen, 70-80.000 Arbeiter in den Kohlenbergbau zu bringen. Die Erhöhung der Leistungen der Eisenbahn und der Industrie geht auf die Steigerung der Kohlenförderung zurück. So sollen auch die Arbeiter, die durch die Demobilisierung in Betriebe gebracht wurden, wo sie nicht voll beschäftigt werden können, in wirklich volkswirtschaftlich nützliche Arbeit, wo irgend anständig, überführt werden.

Weiter bietet sich eine gewisse Möglichkeit der Steigerung des Exportes durch die Kreditverträge mit anderen Staaten. Um zu verhüten, daß solche Erwerbszweige, für die noch Produktionsmöglichkeiten vorhanden sind, Stilllegung erdulden lassen, nur wegen des Absatzrückganges, wird man z. B. in der Schuhindustrie den

Beg erproben können, die Ausgabe für die sonst notwendig werdende Erwerbslosenfürsorge der sogenannten

produktiven Erwerbslosenfürsorge

zugute kommen zu lassen, indem während der Zeit der Arbeitslosigkeit für eine gewisse Deckung des Risikos (z. B. auch innerhalb der Kostendeckung) gesorgt wird. Dabei muß natürlich für eine Ausschaltung unangemessener Unternehmergewinne gesorgt werden. In der Schuhindustrie könnte das so vor sich gehen, daß die Reichshulshilfsverwaltung Aufträge erteilt und daß zu den Kosten der billig herzustellenden Schuhe Zuschüsse geleistet werden. Es wäre auch zu erwägen, inwieweit der besonders schwer betrof-

Niemand

veräume die heutigen

Wählerversammlungen.

Zehlendorf: „Kaiserhof“, abends 7 1/2 Uhr: öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Staatssekretär Heinrich Schulz.
Tempelhof: Im Ryzum, Germaniastraße, große öffentliche Wählerversammlung, abends 7 1/2 Uhr. Referent: Genosse Reichsanwalt Hermann Müller.

Oberkadowitz: In der Aula des Hindenburg-Realschulhauses, 7 1/2 Uhr: große öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Louis Brunner.

Vielhöfen: Im Schillerloal, Königstr. 120, abends 7 1/2 Uhr: öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Franz Steinweg.

Schmargendorf: Ryzum, Spandauer Straße, abends 7 1/2 Uhr: große öffentliche Wählerversammlung. Referent: Genosse Robert Preuer.

Wilmerdorf: 7 1/2 Uhr, in der Aula des Bismarckgymnasiums, Pfalzburger Straße 90/91. Referent: Reichstagskandidat Johannes Haf. Thema: „Auf zum Sieg“.

senen Industrien, deren Artikel für den inländischen Bedarf nicht unbedingt erforderlich sind, Ausfuhrerleichterungen gegeben werden können, wie jetzt für die Schuhindustrie die Ausfuhr von Luxus- schuhwerk erlaubt wird.

Gen. Wiffel bemängelt, daß die Regelung der Ausfuhrabgaben viel zu spät erfolgt sei. Die Verpätung habe Milliarden und aber Milliarden gekostet. Der Gründung eines Reichsfonds zur produktiven Abhilfe der Arbeitslosigkeit stimmt er zu.

Gen. Dr. Striemer führte den Konsumentenstreik darauf zurück, daß eine allgemeine Norm für die Preisbildung fehle. Man habe keinen Maßstab zur Beurteilung, welcher Preis angemessen sei. Die Arbeitnehmerorganisationen müßten sich gegen eine Stilllegung wichtiger Betriebe wehren. Die Handwerker sollten durch Lombardierung augenblicklich nicht abzahlbarer Waren Kapital zur Weiterführung der Betriebe bei Solidarität schaffen.

Gen. Cohen vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gab in längeren Ausführungen den Standpunkt der Arbeitnehmervertreter bekannt. Er befreite im Gegensatz zu den Vertretern des Handels und der Industrie, daß keine übermäßigen Valutagewinne gemacht worden seien und führt als Beispiel die Schweißmaschinen- und Automobilindustrie an, die den dringenden

Inlandsbedarf vernachlässigt,

um übermäßig hohe Auslandsgewinne einzustreichen. Seiner Ansicht nach gibt es keinen Käuferstreik, denn der Konsument kauft nicht etwa, weil er nicht will, sondern weil er nicht kann. Die übermäßigen Valutagewinne waren unredelmäßig und gehörten nicht dem Handel und der Industrie. Es ist ein Akt ungleicher Gerechtigkeit, wenn diese übermäßigen Gewinne jetzt bei der ungünstigen Marktlage zum Wohle des Ganzen wieder zugeföhrt werden. Die Arbeitsgemeinschaft müßte liquidieren, wenn sie in den Fragen der Verfassung, der Ausfuhrerleichterungen und der In-

einen tiefen Atemzug, ein Hauch aus dem Jenseits hatte sie gestreift.

Große Wunder umgaben sie zu allen Zeiten. Im Winter: die Sterne und auch die Nordlichter, ein flammandes Firmament, eine Feuersbrunst broden bei Gott. Sie und da, nicht oft, nicht für gewöhnlich, aber sie und da vernahmen sie auch donnern. Das war hauptsächlich im Herbst, und es war düster und feierlich für Menschen und Tiere. Die Haustiere, die auf der nahen Wiege weideten, drängten sich zusammen und fliehen beieinander stehen. Worauf horchten sie? Warteten sie auf das Ende? Und worauf warteten die Menschen im Dedland, wenn sie beim Grollen des Donners mit gesenktem Kopfe standen?

Der Frühling - jammoh, dessen Eile und Ausgelassenheit und Entzücken; aber der Herbst! Der stimmte die Leute anders. Da fürchteten sie sich oft in der Dunkelheit, und sie nahmen ihre Zusucht zum Abendgebet, sie wurden heilhebrisch und hörten Vorboten. Manchmal gingen sie an einem Herbsttag hinaus, um etwas hereinzuholen, die Männer vielleicht Holz, die Frauen das Vieh, das jetzt wie unfinnig nach Pilzen suchte - und sie kehrten zurück, das Herz von geheimnisvollen Dingen erfüllt. Waren sie unversehens auf eine Armeise getreten und hatten deren Hinterleib auf dem Pfad festgetreten, daß der Vorderkörper nicht mehr loskommen konnte? Oder waren sie einem Schneehuhnmetz zu nahe gekommen und war ihnen eine Mutter zischend entgegengeflattert? Und nicht einmal die großen Kuhpilze waren ohne Bedeutung. Der Mensch wird nicht starr und bleich, wenn er sie nur ansieht. Ein Kuhpilz blüht nicht und rüdt sich nicht von der Stelle, aber es ist etwas Ueberwältigendes an ihm, und er ist ein Ungeheuer, er gleicht einer Lunge, die nacht und ohne hüllenden Körper ein eigenes Leben führt.

Anger wurde schließlich recht säuermütig, das Dedland bedrückte sie, sie wurde fromm. Gätte sie dem entgegen können? Niemand im Dedland kann dem entgegen. Da gibt es nicht nur irdisches Streben und Weltlichkeit, da ist Frömmigkeit und Gottesfurcht und viel Aberglauben. Anger meinte wohl, sie habe mehr Grund als andere, der Bichtung des Himmels gewärtig sein zu müssen, sie würde wohl nicht ausbleiben, sie müßte, daß Gott an den Abenden durch das ganze Dedland streifte und jabelhaft gute Augen hatte, er würde sie schon finden. In ihrem täglichen Leben war nicht so sehr viel, was sie hätte anders machen können. O, sie konnte den goldenen Ring zu unterst in ihrer Tasche verbergen und sie konnte an Cleus schreiben, er solle sich auch befehren; aber

betriebshaltung lebenswichtiger Fabriken verfolge. Es ist volkswirtschaftlich nicht zu verantworten, daß es dem einzelnen Unternehmer überlassen bleibt, ob er seinen Betrieb schließt, wenn er vorübergehend wenig oder nichts verdient. Die Arbeitnehmervertreter verlangen jedenfalls Sicherung der Existenzgrundlagen der Arbeiter über das Friedensniveau hinaus.

Dr. Hilsberding (Chefredakteur der Freiheit): Die Berichterstattung in wirtschaftlichen Angelegenheiten ist jetzt außerordentlich schlecht. Die Folge davon ist eine völlige Desorientierung der öffentlichen Meinung im Gegensatz zu England, das besser unterrichtet wird. Es ist ganz unmöglich, daß sich unsere Zahlungsbilanz und unsere Valuta bessern, wenn wir nicht mit dem

Kostenbruch koppen.

Unsere ganzen direkten Steuern stehen auf dem Papier. Die Steuerhöhe entsprechen denen Englands und Amerikas, nur werden sie dort wirklich bezahlt. Die Volkswirtschaft allerdings wird an der viel zu großen Betätigung der Notenzepresse nicht zugrunde gehen; aber alle diejenigen Volksgenossen, die auf feste Bezüge angewiesen sind, fassen in ihrer Lebensführung immer tiefer. Daß die Exportabgabe unerträglich ist, müßte erst im Einzelnen bewiesen werden. Die heutige Absatzkrise kommt aus der Inflation. Die Kaufkraft bleibt immer weiter zurück hinter dem Steigen der Preise. Hierdurch ist die Krise erzeugt worden. Die heutige Situation ist so, daß man ihr nicht bloß mit Arbeitslosenunterstützung entgegenzutreten kann. Die Produktion darf unter keinen Umständen unterbrochen werden; man muß dann eben eine zwangsweise Weiterführung der Fabriken anstreben. Nicht die Debung der Valuta ist das eigentliche Problem, auch nicht eine künstliche Senkung, sondern ihre Stabilisierung auf einen Punkt, der etwa der Kaufkraft entspricht.

In der

Spezialdebatte über Ausfuhrabgaben

widerlegt Staatssekretär Girsch die Auffassung, daß das Ausland durch die soziale Abgabe eine Art Steuer an das Deutsche Reich leiste. Zusammenfassend sei zu sagen, daß in der Debatte recht wertvolle Tatsachen mitgeteilt wurden, die bei der Bearbeitung des Ausfuhrabgabentextes und bei der Behandlung der gegenwärtigen Wirtschaftsprobleme Berücksichtigung finden werden.

Direktor Krämer (Vorsitzender des Reichswirtschaftsrates) vertritt, daß das Material, das bei dieser Tagung des vorläufigen Wirtschaftsrates gesammelt wurde, mit größter Beschleunigung weiterverarbeitet werden wird. In eine Beschäftigung der Ausfuhr, abgeben sei jedoch nicht zu denken, und zwar in voller Übereinstimmung mit breiten Schichten der Arbeitgeber, wie mit allen Arbeitnehmern. Auch die Arbeiter werden alles zu vermeiden suchen, was den Export behindert und die Industrie ruinierten könnte. Denn wir brauchen die Ausfuhr zur Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens.

Damit schließt die Sitzung.

Wirtschaft

Mehr Stickstoff - mehr Brot.

Vor dem Kriege wurden in der deutschen Landwirtschaft jährlich 210.000 Tonnen Stickstoff verbraucht. In Deutschland vorhandenen Werke sind nach dem jetzigen Stande ihrer Fertigstellung und nach der heutigen Lage der Kohlerei imstande, zusammen jährlich 310.000 Tonnen zu erzeugen. Nach vollständiger Fertigstellung der Werke und Durchführung der Kohlereiindustrie auf den Stand vor dem Kriege aber ist die jährliche Erzeugung auf insgesamt 520.000 Tonnen Stickstoff zu steigern. Die Hilfsmittel sind vorhanden, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Werden diese 520.000 Tonnen Stickstoff im Jahre tatsächlich erzeugt und in die Acker gebracht, und wird gleichzeitig dafür Sorge getragen, daß neben diesen Stickstoffmengen 1.000.000 Tonnen Kali und vorläufig wenigstens 800.000 Tonnen Phosphorsäure jährlich der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung stehen, dann kann diese soviel Getreide, Fleisch und Fett erzeugen, überhaupt die heimische Erzeugung soweit sichern, daß die Ernährung unseres Volkes wieder voll und reichlich ist. Die Erreichung dieses hohen Ziels allerdings erfordert, daß die jahrelangen unablässigen Bemühungen des Preussischen Landwirtschaftsministeriums auf baldige Fertigstellung der noch im Bau begriffenen Stickstoffwerke und die unzureichende Belieferung der Kunstdüngstoffabriken mit Kohle, Koks bzw. Schwefelsäure nunmehr endlich voll bewirkt werden.

außerdem blieb wohl nichts anderes übrig, als selbst gute Arbeit zu leisten und sich nicht zu schonen. Na, eines Sonntags sie doch noch tun! Sich in demütige Kleider hüllen und nur am Sonntag ein schmales blaues Band um den Hals tragen, um einen Unterjoch vom Werktag zu machen. Diese unechte und unnötige Armut war der Ausdruck für eine Art Philosophie, für Selbsterniedrigung, Stoizismus. Das blaue Band war vertragen, war von einer Mühe abgetrennt, die Leopoldine zu klein geworden war, es war da und dort verblieben und gerade heraus geföhrt auch etwas schmutzig - nun gebraucht es Anger als einen demütigen Sonntagstooat. Jawohl, sie übertrieb und machte die Armut in der Hütte nach, sie trug eine falsche Armut zur Schau - wäre ihr Verdienst größer gewesen, wenn sie zu einem so geringen Staat gezwungen gewesen wäre? Raht sie in Frieden, sie hat ein Recht auf Frieden!

Sie übertrieb großartig und tat mehr, als sie mußte. Es waren zwei Männer auf dem Hofe, aber Anger pochte wohl auf, bis sie fort waren, und sagte dann Holz; wozu sollte nun diese Qual und Mühseligkeit gut sein? Sie war ein ganz unbedeutender, ganz geringer Mensch, ihre Fähigkeiten waren recht gewöhnlich, ihr Tod oder ihr Leben würde nirgends im Lande gemerkt werden, außer hier im Dedland. Hier war sie beinahe groß, jedenfalls war sie die größte, und sie meinte, sie sei aller der Mühseligkeit, die sie auf sich selbst verpendete, wohl wert. - Ihr Mann sagte: „Sibert und ich haben darüber gesprochen, wir wollen nichts davon wissen, daß du unter Holz lägst und dich überschiffst.“ - „Ja tue es um meines Gewissens willen,“ entgegnete Anger.

Um des Gewissens willen? Das stimmte Naß wieder nachdenklich; er war jetzt ein Mann in Jahren, langsam im Lieberlegen, aber gewichtig, wenn er schließlich seine Ansicht sagte. Das Gewissen müßte doch recht kräftig sein, wenn es Anger so vollständig hatte umwenden können. Und was es nun auch sein mochte, aber Angers Befehring wirkte auch auf ihn ein, sie steckte ihren Mann an, er wurde grüblerisch und jahn. Das war ein sehr schwerer, fast unüberwindlicher Winter; Naß suchte die Einsamkeit, suchte Verborgenheit. Um seinen eigenen Wald zu schonen, hatte er nun im Staatswald an der schwedischen Grenze noch einige Streden mit guten Bäumen dazu gekauft - aber er wollte beim Fällen dieser Bäume niemand zur Hilfe haben, er wollte allein sein. Sibert wurde befohlen, dabei zu bleiben und auf die Mutter aufzupassen, damit sie sich nicht zu sehr anstrengte.

(Fortf. folgt.)

Gegen der Erde.

Roman von Raut Domsjun.

16.

Auf Sellanraa gab's größere Veränderungen.

Ja, nichts war von der ersten Zeit her wiederzuerkennen! Hier waren nun verschiedene Gebäude, ein Sägewerk und eine Mühle, und die iden Streden waren wohlbehalten Land geworden. Und noch mehr stand bevor. Aber Anger war vielleicht noch am merkwürdigsten, ganz anders wieder und überaus tüchtig.

Die Krise vom letzten Sommer hatte wohl nicht auf einmal ihren Reizstimm besiegen können, im Anfang hatte sie mehrere Mißfälle, sie ertappte sich darauf, daß sie von der Kunst und von Drontheims Domkirche sprechen wollte. Ach, sie kleine unschuldige Dingsel! Ihren Ring zog sie vom Finger und ihre so freimütig kurzen Röcke machte sie länger. Sie war nachdenklich geworden, es wurde stiller auf dem Hofe, die Besuche nahmen ab, die fremden Mädchen und Frauen aus dem Dorf kamen seltener, weil sie sich nicht mehr mit ihnen einließ. Niemand kann im Dedland leben und nur immer lachen und scherzen, Freude ist nicht Lustigkeit.

Drogen im Dedland hat jede Jahreszeit ihr Wunder, aber immer und unveränderlich sind die dunklen, unermeßlichen Baute von Himmel und Erde, das Umringeln nach allen Seiten hin, die Waldesdunkelheit, die Freundlichkeit der Bäume. Alles ist schwer und weich zugleich, kein Gedanke ist da unmöglich. Nördlich von Sellanraa lag ein ganz kleiner Teich, eine Lache, nur so groß wie ein Aquarium. Da tummelten sich winzige Fischkinder, die nie größer wurden; sie lebten und starben und waren zu nichts nütze, lieber Gott, zu rein gar nichts! Eines Abends stand Anger da und horchte auf die Kuhlocken. Sie hörte nichts, denn alles war totentstir ringsum, aber plötzlich vernahm sie Gesang aus dem Aquarium. Er war sehr schwach und beinahe nicht vernehmlich, nur wie hinsterbend. Das war das Lied der Steinwingigen Fische.

Sellanraa lag so günstig, daß die Bewohner jeden Herbst und Frühjahr die Wildgänke, die über das Dedland hinflogen, sahen und ihr Rufen und Lachen in der Luft droben hören konnten, es klang wie verwirrtes Reden. Und dann war es als sehe die Welt stille, bis der Zug vorüber war. Fühlten sich die Menschen da nicht von einer Art Schwäche überfallen? Sie nahmen ihre Arbeit wieder auf, aber zuvor taten sie

Vollzogene Kapitalerhöhung im sächsischen Zuckerring.

Durch Beschluß der Generalversammlung der Zuckerfabrik Frankenthal wurde die Erhöhung des Aktienkapitals von 14,4 Mill. Mark auf 27,6 Mill. Mark beschlossen. Gleichzeitig wurde das Stimmrecht der Vorzugsaktien verdoppelt. Wie die „Telegraphen-Union“ hierzu weiterhin meldet, genehmigten gleichzeitig die Generalversammlungen der Sächsischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation, der Zuckerfabrik Stuttgart und der Zuckerfabrik Heilbronn erhebliche Kapitalerhöhungen, so daß die Gesamtsumme des Aktienkapitals dieser vier in der Gemeinschaft sächsischer Zuckerfabriken zusammengeschlossenen Firmen sich nunmehr auf 22,8 Mill. Mark beläuft. Die vier Gesellschaften haben im übrigen erst kürzlich eine gemeinsame gemeinschaftliche Anleihe in Höhe von 39,6 Mill. Mark ausgeben.

Vergütung für Ablieferung von Tierkörpern an Abdeckerien. Auf Grund der im Reichsgesetzblatt Seite 891 veröffentlichten Verordnung vom 4. Mai 1920 über die Festsetzung von Vergütungen für Ablieferung von Tierkörpern an Abdeckerien können die Landesbehörden auch in den Fällen, wo bisher die Festsetzung von Vergütungen durch die Verwaltungsbehörde nicht möglich war, die Entschädigungen der Tierbesitzer für die Ablieferung der Kadaver an die Abdeckerien regeln. Den privilegiertesten Abdeckerien kann die Verpflichtung zur Zahlung angemessener Vergütungen und zwar für sämtliche der Ablieferungspflicht unterliegenden Tiere und Tierkörper auferlegt werden. Der Reichliche Landwirtschaftsminister hat demgemäß die Regierungspräsidenten angewiesen.

Weitere Betriebsbeschränkungen in der thüringischen Industrie. Eine ganze Reihe thüringischer Textilbetriebe lassen wöchentlich nur noch drei bis vier Tage arbeiten. Auch im Metallgewerbe vermindert sich die Arbeit. Dort kommt ein erhöhter Lohnsatz dazu, um die Arbeit zu erwidern. Infolge dessen hat sich eine Firma bereits zur Kündigung des gesamten Personals entschließen müssen; eine andere hat zunächst weitere Entlassungen vorgenommen und weitere Kündigungen in Aussicht gestellt.

Die Bildung einer Warenkredit- und Treuhandgesellschaft für die gesamte sächsische Industrie ist wie die „Riff. Ztg.“ meldet, mit einem Kapital von 10 Mill. M. bei 25 Proz. Einzahlung geplant. Es soll nach dem Vorbild der Hamburgischen Warenkredit- und Treuhand-Ges. in Hamburg eine Gesellschaft gegründet werden, welche den Veredelungsverkehr mit dem Ausland fördern soll. Holländische Interessenten sind beteiligt.

Ankommen der sibirischen Kohlenindustrie. Obgleich Sibirien und England nach wie vor die hauptsächlichsten Lieferanten für den Weltkohlenmarkt sind, macht sich doch in der letzten Zeit die sibirische Konkurrenz bereits außerordentlich geltend. Wie die „Telegraphen-Union“ meldet, werden gegenwärtig regelmäßig Kohlen aus Sibirien nach Marseille verschifft. Der Preis beträgt in Rotterdam 80 bis 82 1/2 Schilling, während man in London für Bunkerkohle 165 Schilling und in Cardiff 120 Schilling bezahlt. Trotz des langen Weges stellt sich die Sibirische Kohle in Marseille ganz bedeutend billiger als die französische; auch die Verladung des Suezkanals geschieht in ganz erheblichem Maße durch sibirische Kohlen. In Holland und Dänemark haben auch eine Reihe sibirischer Kohlenunternehmen günstige Erfahrungen mit dem Verkauf ihrer Kohle gemacht.

Groß-Berlin

„Höhere“ Jugend.

In einer Versammlung, die in der Aula eines Berliner Gymnasiums stattfindet, sprechen Lehrer und Lehrerinnen gütliche, versöhnliche Worte. Sie möchten ein deutsches Geschlecht heranbilden, das seinen Wert nicht in Klassenüberhebung und Rassenstolz, sondern in kraftvoller Entfaltung der Persönlichkeit empfindet. Nicht Sklaven der Macht, nicht charakterlose Staatsdiener wollen sie erziehen, sondern urteilsfähige, vor sich selbst verantwortliche Menschen. Unter den Zuhörern befinden sich viele junge Leute beiderlei Geschlechts. Sie jubeln? Sie freuen sich wie junge Fohlen, die im Sommerwind ihre Kräfte jessellos entlassen dürfen? Sie zeigen jenes stolze Freiheitsbewußtsein, das zu allen Zeiten das schöne Vorbild der Jugend gewesen ist?

Rein. Sie lachen. Sie johlen.

Sie unterbrechen den Redner, einen im Amt ergrauten Lehrer, dem man die Liebe und den Ernst zu seinem Beruf ansieht, durch freche Juruse. Sie lärmten auf mitgebrachten Pfeifen. Ihr ohrenbetäubendes Huh-huh verwandelt den Saal in einen Viehstall.

Die Diskussion beginnt. Ein junger Arbeiter tritt auf Podium. Mit leidenschaftlich erregter Stimme, aber ungewandt, spricht er davon, daß auch der Arme ein Recht auf Bildung habe und sich nach ihr sehne.

Die Jugend schweigt.

Ihm folgt ein Achtzehnjähriger mit blaßem Gesicht und der verletzenden Sicherheit ererbter Vorrechte. Unterschiedliche müssen sein, röstelt er mit schnurrender Stimme, eine Herrenklasse solle den Staat lenken, das sei echt germanisch, alles andere sei internationales Gerede, und vor allen Dingen müßten alle Fremdbürtigen beseitigt werden. Die anwesende Jugend rast vor Begeisterung. Und nun — o Mütter der ganzen Welt, verhöllt eure Häupter — redet eine Sechzehnjährige, nein kreischt, überschlägt sich in Begeisterung für den Krieg, für Verfolgung Andersgläubiger, für Götze und Niedrigkeit.

An einer Wand hängen die Bilder von Lessing, Goethe, Schiller, Kant. Der Blick fällt immer wieder auf sie. Treten sie nicht riesengroß aus ihren Rahmen? Schreiten sie nicht mit stumm verweisender Gebärde durch den Saal und durch die Tür ins Freie, als wollten sie fliehen vor einer Jugend, die den Namen Deutsche schändet?

Lessing spricht: „Ich habe umsonst die Achtung vor allem Menschlichen, die Gleichberechtigung aller Bekenntnisse gepredigt.“

Goethe blickt mit seinen strahlenden Olympieraugen, die alles Irdische liebevoll durchdringen, verständnislos auf ein Geschlecht von Vastarden.

Schiller bewegt leidvoll die edel geschwungenen Lippen und summt, in Erinnerung an ferne Zeiten vor sich hin: „Seid umschlungen Millionen. Diesen Kuß der ganzen Welt.“

Kant redet mit geknicktem Haupt: „Der ewige Friede ist keine leere Idee, sondern eine Aufgabe, die ihrem Ziel bestimmt näher kommt.“

Während sie hinausstreiten, ertönt hinter ihnen wildes Gejohle, schrilles Pfeifen und das Huh-huh des Viehstalls. Redender deutsches Geistes, elende Jugend, euer Nationalismus ist die tierische Raserei eines blutigeren Indianer-Hammes.

Der Zoo wählt.

Das Nilpferd: Deutschnational; denn auch bei einem neuen Krieg gehen durch sein dickes Fell keine Kugeln.

Der Bär: Deutsche Volkspartei; denn er ist gewöhnt, an der Kasse geführt zu werden.

Das Kamel: Deutschnational; denn es ist aus seiner Wüstenzeit gewöhnt, acht Tage ohne Nahrung auszuhalten und hofft auf die Wüste Deutschland.

Der Esel: Liste Stresemann; denn er geht nicht gern vom Fleck und hofft, daß es mit dem Wiederaufbau ähnlich ist.

Das Chamäleon: kann nicht wählen; denn es ist gestorben aus Gram darüber, daß es von Stresemann und seinen Freunden am raschen Farbenwechsel übertrifft wurde.

Die Aneke im Aquarium: Inoblen zwischen Deutschnational und Volkspartei, wo es am schnellsten rüdwärts geht.

Die rückgratlosen Beichtiere suchen noch in den Programmen der Deutschnationalen nach dem Passus, der die Wiederkehr des guten Kaiser Wilhelm verheißt.

Für unseren Sieg am 6. Juni.

Der 6. Juni muß auch in Groß-Berlin zu einem Siegestag der Sozialdemokratie werden. Das sieht voraus, daß alle Parteigenossen und Genossen ihre Pflicht tun und sich zur

Mitarbeit bei der Wahl

zur Verfügung stellen. Wir dürfen uns von den feberhaft arbeitenden gegnerischen Parteien nicht beschämen lassen.

Alle zur Arbeit bereiten Genossen melden sich am Sonntag um 7 Uhr morgens im Zentralwahlbureau ihrer Abteilung.

Genossen, erscheint alle!

S.P.D.-Zentralwahllokale der Berliner Abteilungen.

1. St. Oaverlands Festhalle, Neue Friedstraße, 35 (Norden 4854).
2. Schirn, Charlottenstr. 7/8 (Wpl. 11 156).
3. Ernst Kraut, Rigaerstr. 106 (Wpl. 8712).
4. Nationalhof, Wilhelmstr. 36 (Kurf. 304).
5. Keulner, Hagenberger Str. 20a (Wpl. 9709).
6. Sadlinski, Mariendorfer Str. 6, Ecke Solmsstraße (Wpl. 8919).
7. Döle, Bergmannstr. 49 (Wpl. 13 125).
8. Droge, Diercksstr. 57.
9. Reichenberger Hof, E. Fahrenow, Reichenberger Str. 147 (Wpl. 8293).
10. Hoff, Forster Str. 44.
11. Weißler, Stolger Str. 50 (Wpl. 3727).
12. Hubert, Buschauer Str. 12 (Wpl. 15 239).
13. Steinle, Ritterstr. 115 (Wpl. 10 612).
14. Arkhaer, Engelstr. 18 (Wpl. 11 765).
15. Broke, Blumenstr. 89.
16. Schufert, Hübendorfer Str. 3 (Alex. 1503).
17. Pöjel, Bergstr. 8 (Alex. 2570).
18. Tiedke, Vitauer Str. 8 (Rgl. 1082).
19. Alth, Schreinerstr. 84.
20. Rohndorf, Vordersauer Str. 88 (Alex. 874).
21. Pfeiffer, Hamburger Str. 2.
22. Oscar Bauer, Große Frankfurter Str. 1 (Alex. 1462).
23. Gott, Anprobestr. 8, Ecke Vorderlebenstraße (Alex. 224).
24. Köster, Immanuelstr. 25.
25. Fehler, Gollnowstr. 13 (Alex. 242).
26. Vöckerheim, Alie Schönhauser Str. 23/24 (Nord. 1887).
27. Dobroslaw, Simeonländer Str. 11 (Humb. 271).
28. Altmann, Nylestr. 2 (Humb. 2414).
29. W. Pura, Grünauer Allee 189 (Humb. 4066).
30. Hermann Braun, Stahlheimer Str. 30.
31. Goldschmidt, Stolpische Str. 88 (Humb. 2880).
32. Königshaus-Kasino, Schönhauser Allee 65.
33. Schenk, Simeonländer Str. 68.
34. Robert Goldbach, Winetaplay 7 (Humb. 3086).
35. Wenzel, Gertrichstr. 12.
36. Wärowalde, Schlegelstr. 8 (Nord. 4452).
37. Gustav Höbner, Wittenader Str. 34 (Moab. 10578).
38. Wilhelm Trümmer, Alendauer Str. 3 (Moab. 7017).
39. E. Berger, Debesowstr. 21 (Moab. 7067).
40. Karl Schmidt, Wielestr. 17 (Dania 688).
41. Liebig, Birkenstr. 44a (Dania 842).
42. Bedreas, Teneler Str. 23 (Moab. 206).
43. Meyer, Panstr. 82 (Moab. 7774).
44. Bahmann, Ertlinger Str. 48 (Humb. 3253).
45. Jaserid, Schwedenstr. 11 (Moab. 2465).
46. Groß, Demmingdorfer Str. 10 (Moab. 1980).
47. Senkel, Altreiter Str. 10 (Moab. 1908).
48. Brunwald, Kameruner Str. 19 (Moab. 2984).

S.P.D.-Zentralwahlleitung.

Das Zentralwahlbureau für die Reichstagswahl in Groß-Berlin befindet sich im Bezirks-Sekretariat, In den Zelten 23 v. und ist am Sonntag, den 6. Juni, von 7 Uhr morgens ab geöffnet. Stimmzettel sind dort erhältlich. Alle wichtigen Mitteilungen sowie die Wahlergebnisse lassen man auf dem schnellsten Wege dorthin gelangen. Telephon: Haus 1424, 1425, 1441, 1445, 1446.

Der Bezirksvorstand.

Geplanter unabhängiger Plakat-Anflug?

Von verschiedenen Seiten sind uns Nachrichten zugegangen, daß die Unabhängige Partei in der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag auf den Plakaten unserer Partei, die zur Wahl der Kandidaten der S. P. D. auffordern, vor dem „S. P. D.“ ein „U.“ anheben lassen will. Dadurch sollen die Plakate in „U. S. P. D.“ Plakate umgewandelt werden. Sollten die Unabhängigen sich wirklich zu diesem läppischen Scherz bereitfinden, so würden sie dadurch nur den Beweis liefern, daß sie wie in der Politik auch im Wahlkampf zu eigener selbständiger Leistung nicht fähig sind. Für unsere Parteigenossen soll das ein Ansporn sein, mit noch größerem Eifer das Stechen der Plakate zu befragen und den schmuggeligen Plan, falls er wirklich zur Ausführung kommen sollte, zu verhindern.

Die Wahlzeit am Sonntag ist von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr nachmittags. Der Magistrat Schöneberg hatte den Wählern irrlich auf den Ausweisarten die Wahlzeit von 9 Uhr bis 8 Uhr angegeben. Er rechtfertigt dieses damit, daß erst nach Verendung der Ausweisarten die neue Wahlordnung vom 1. Mai 1920 zur öffentlichen Kenntnis kam.

Die Worttat an den Oberlehrer Hemberger.

Das Verbrechen an dem Oberlehrer Dr. Hemberger gewinnt weiter an Aufklärung. Die Ehefrau Hemberger erklärte höher stens, daß Proke und sie allein von dem Verbrechen gewußt hätten. Ausdrücklich gefragt, ob denn die Tat nicht auch ihrer damaligen

Meterin, der jetzigen Frau Weise aus Brandenburg, nachträglich bekannt gewesen sei, behauptete sie, daß diese davon nichts gewußt habe. Unterdessen hatte jedoch, wie wir mitteilen, Frau Weise ein umfassendes Geständnis ihrer Mitwisserschaft abgelegt. Gestern nachmittag nun wurden die beiden Frauen auf dem Polizeipräsidium einander gegenübergestellt. Das Wiedersehen war zunächst etwas bewegt, die größere Bewegung zeigte jedoch Frau Weise. Diese konnte sich über ihr Mißgeschick, daß sie in die Angelegenheit verwickelte, weniger beruhigen, als die Frau Oberlehrer über das Verbrechen an ihrem Mann. Nach den Verhandlungen der Frau Weise über Verurteilungen, die Frau Hemberger ihr gegenüber getan hat, geminnt es den Anschein, daß die Frau des Ermordeten mindestens von dem geplanten Verbrechen vorher Kenntnis gehabt und nicht getan hat, um es zu verhindern. Nach der Gegenüberstellung führen Kriminalbeamte gestern nachmittag mit den beiden Frauen in einer geschlossenen Kofizdrohke nach dem Tator in der Urbanstraße, um dort einige Einzelheiten festzustellen. Frau Hemberger befindet sich vor dem Besuche des Tator eine große Scheu, aber merkwürdigerweise auf einem nebenhässlichen Grunde. Sie fürchtete lediglich das Gerede im Hause.

Ueber einen neuen Raubmordversuch wird uns in späterer Abendstunde gemeldet:

Ein Raubmordversuch wurde auf den 45 Jahre alten Agenten Otto Schreiber in seiner Wohnung Potsdamer Str. 75 verübt. Der Agent erhielt gestern nachmittag den Besuch des 17 Jahre alten Lehrlings Kurt Lama aus der Kollenderstr. 35. Der Bursche, der mit der Absicht gekommen war, den Agenten zu ermorden und zu berauben, trat von hinten an den vor dem Manier sitzenden Agenten heran und schoß ihm von der Seite aus einer dreikalibrigen Pistole eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Ueberfallene konnte sich noch erheben und hilfesuchend die Treppe hinunterlaufen. Dadurch wurden Hausbewohner auf den Vorgang aufmerksam. Nun suchte der Bursche sein Peil in der Flucht. Er wurde von Sicherheitsposten und Kriminalbeamten, die auf Benachrichtigung durch die Bewohner sofort erschienen waren, gefunden und festgenommen.

Schiebungen mit Brotgetreide.

Die Stieglitzer Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß ein Kaufmann W. 266 Jeniner Brotgetreide, die unter der Bezeichnung Lupine an seine Adresse auf dem Bahnhof Stieglitz angekommen waren, abladen und in seine umfangreichen Lageräume in der Köpenickerstraße abtransportieren lassen. Als die Kriminalpolizei zu einer Durchsuchung der Kellerreihen schritt, stellte sie fest, daß die angeblichen 266 Jeniner Lupine aus 180 Jeniner Roggen und 66 Jeniner Gerste bestand. Das Getreide wurde beschlagnahmt und der Reichsgerechtsstelle zugeführt. Interessant ist es, daß der Kaufmann W., der außer dieser großen Schiebung auch in verschiedene kleinere Getreidehandelsgeschäfte verwickelt gewesen sein soll, der Kartoffeleinkäufer des Magistraats Stieglitz war.

Das Kaufere der Reifebrotmarke ist geändert worden. Der bisherige Ausdruck „Reifebrotmarke“ ist fortgelassen. Sie lautet über 2 mal 50 Gramm Gebäck. Die Rückseite trägt neben einander zweimal den Ausdruck „Deutsches Reich, Reifebrotmarke 50 g Gebäck.“ Inmitten dieser Aufschrift befindet sich der in grüner Farbe hergestellte Reichsadler. Sollen nur 50 Gramm Gebäck entnommen werden, so muß die Reifebrotmarke in der Mitte geteilt werden. Der Druck ist wie bisher auf gelbem Papier mit durchlaufendem Wasserzeichen sowie mit rot und blauen Filzen erfolgt. Durch die Einführung der neuen Reifebrotmarken wird die Gültigkeit der jetzigen nicht berührt. Es gelten als bis auf weiteres die alten und neuen Reifebrotmarken nebeneinander. Es ist aber beabsichtigt, die jetzt gültige Reifebrotmarke in einiger Zeit für ungültig zu erklären. Ein Umtausch der alten in neue Marken ist nicht zulässig. Vom 7. Juni d. J. ab findet eine Kürzung der Ration bei Umtausch der kommunalen Brotarten in Reifebrotmarken nicht mehr statt. Von diesem Tage ab werden den Verbrauchern Reifebrotmarken nach Paphabe der in der Wohnstammgemeinde bewährten Wochenkopfmenge an Brot ausgehändigt, und zwar werden in Groß-Berlin zurzeit wöchentlich 1900 Gramm angesetzt.

Auf die Strafe geht. Der Mieterverband, Ortsgruppe Norden, teilt uns folgenden unerhörten Fall mit:

Ein Herr Weder erwarb im Mai v. J. das in der Voltairestraße gelegene Wohnhaus Nr. 49. Um nun darin eine Wohnung zu bekommen, kündigte er sofort dem Ehepaar Goldbach, das dort 13 Arbeiterinnen beschäftigt, seine aus 4 Zimmern bestehende Wohnung zum 1. Oktober v. J. auf und brachte es auch mit Hilfe von Anwälten schließlich fertig, daß auf Grund des Amtsgerichtsurteils vom 29. April v. J. unterm 15. v. M. das Mietverhältnis der sofortigen Kündigung mit einer Frist bis zum 1. Juni stattgab. Es spielt sich also hier, da das Wohnungsamt den Eheleuten Goldbach keine geeignete Wohnung nachweisen kann, der unglückliche Fall ab, daß 13 Arbeiterinnen brotlos, sowie das Ehepaar existenz- und wohnungslos werden. Auf der anderen Seite erhalten dadurch 4 Privatpersonen trotz des Wohnungsmanagements eine Vierzimmerwohnung. Was nützt es den Mietern, wenn das Wohnungsministerium Verordnungen gegen derartige Kündigungen erläßt, wenn die ausführenden Organe, d. h. die Mietvereinigungen diese ignorieren. Die Mieterkraft fordert daher, daß diese von der Regierung Richtlinien erhalten, die klar und deutlich besagen, wann einer sofortigen Kündigung zugestimmt werden darf, damit sich derartige Fälle nicht wiederholen.

Wohlfahrer in Wohnräumen können in Zeiten der Wohnungsnot nicht gebildet werden. Wenn Wohlfahrer in ihren Räden nicht genug Platz für Aufstellung ihrer Waren haben, so sollen sie regelrechte Lageräume benutzen. Die Hauptsache ist jetzt, daß jedem Unterkunftsbedürftigen eine Wohnung verschafft wird. Räumern sich die Wohnungsämter darum, wieviel Wohnungen mißbräuchlich von Möbelgeschäften als Speicher benutzt werden? Man macht uns darauf aufmerksam, daß in Berlin im Hause Bellealliancestr. 100 eine Möbelfirma außer ihrem großen Laden noch das ganze erste Stockwerk und einen Teil des zweiten Stockwerks mit Möbeln besetzt hat. Dieselbe Firma hat auch im Nebenhaus, Bellealliancestr. 99, das erste Stockwerk inne und benutzt es zur Unterbringung ihrer Möbel. Daß man die Freigabe solcher Räume erzwingen kann, lehrt eine uns aus dem Westen Berlins zugehende Mitteilung. Dort hat ein Wohnungsuchender, der über ein ungewöhnliches Maß von Jähigkeit verfügt, nach langen Bemühungen bei der zuständigen Wohnungsinspektion durchgesetzt, daß eine bisher von einem Möbelgeschäft als Lagerraum benutzte Wohnung ihm zuwoiefen wurde. Derselbe Wohnungsucher meldet uns, daß andere Wohnungsuchende gegen ein anderes Möbelgeschäft beim Wohnungsamt Schönberg keinen Erfolg gehabt haben. Denkt man in Schönberg hierüber anders als in Berlin?

Zeitschriften für Naturbauweilen. Um die alten handwerklichen Techniken wieder zum Allgemeinut des Hausbauwerks zu machen, hat der Minister für Kultus und Wissenschaft die Begründung von Lehr- und Versuchsanstalten für Naturbauweilen anordnet. Solche Zeitschriften sind mit staatlicher Unterstützung zurzeit in Jevernia, Kreis Niederbarnim, und in Sorau a/N. eingerichtet. Diese Zeitschriften haben die Aufgabe, die alten handwerklichen Ueberlieferungen oclammelt und führen ihre Ganten unter Verwendung dieser bewährten Tradition aus. In Sorau, wo ein erster Lehrgang unter harter Beteiligung am 15. Mai eröffnet worden ist, hat man die Herstellung des alten, bereits von Gilly beschriebenen Lehmschindeldaches wieder aufgenommen. Nähere Bedingungen über den Besuch dieser Zeitschriften sind gegen Einzahlung von 1 M. durch die Siedlungsgesellschaft Nieder-

Barnim, Berlin NW. 40, Alexanderufer 1, III, und durch die Gemeinnützige Heimstätten-Vereinsgesellschaft, Sorauberg, zu beziehen.

Hauptmann Schumde in der Berliner Universität. In der Berliner Universität finden jetzt 8 Tische über Stedlungsweisen statt. Der bekannte Stedlungsprofessor Hauptmann Schumde wird diese Kurse eröffnen mit einem Vortrag über innere Kolonisation und Wiederanbau.

Maria Jueglin im Wallner-Theater. Frau Jueglin erlangt sich schon als Wilhelmine in „Kinoletto“ einen selbst in kühnen Tagen beispieslos heißen Erfolg. Nicht weniger als Frau Mut in den „Lustigen Weibern“. Hier ist ihre Domäne, hier kann sie den höchsten Triumph ihrer wirklich harmlosen Weiblichkeit auspielen, hier mit beruhigender Grazie in Kostümen und in der Bewegung des Spiel eines ganzen Aktes dirigieren. Mit Leichtigkeit schlägt ihre Stimme an, wendet sich mühelos vom Brustregister zum Sopran, sie lächelt ihre Läufe mit dem Reiz einer erfrischend lustigen Melodie dahin und überlässt sich auch nicht für den Bruchteil einer Sekunde der Schwere eines kleinen, runden, sanften Tones ihrer Nachhalllehre. Eine schöne Aufführung, deren Gelingen durch die außerordentliche und für den Zuschauer auch nicht durch enderndes Verschleppen der Tempi und durch einen unmaßig lispelnden Tenor gebührt wurde. **A. S.**

Zur Umkehrung des russischen Korridors wird ab 15. Juni ein neues, beschleunigtes Verkehrsnetz mit 2 bis 4. Klasse zwischen Breslau und Silesien einleitet. In Preußen hat dieses Jungpaar günstige Verbindungen mit Berlin, in Ostpreußen nach Königsberg, in Posen nach und von Posen.

Lehrer-Zeremonie. Sonntag 8 Uhr: „Europäische und englische Poesie.“ 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donauland.“ 7 Uhr: „Am Rande der Schwärze.“ Dienstag 7 Uhr: „Weltanschauung und Dämmerung.“ (Vorlesung mit Lichtbildern von Dr. Dr. Ardenholz). Mittwoch 7 Uhr: „Das Einbeinige Relativitätsprinzip und seine Bedeutung für die Astronomie.“ (Vorlesung mit Lichtbildern von Dr. Dr. Ardenholz). Samstag, den 12. Juni, 5 Uhr: „Durch den Schwarzwald ins Donauland.“ Mit dem großen Kometen werden abends die Planeten Jupiter, Saturn und Mars beobachtet. Näherungen durch das astronomische Observatorium sind täglich in der Zeit von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends fest.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

Heute, 5. Juni:

- 7. Abt. Abends 10 Uhr bei Siegmund, Blücherstr. 37: Alle Bezirksämter, Bezirksverwaltungsämter und Wahlkreise. — Das Zentralwahlbureau befindet sich bei Köpcke, Bergmannstr. 69. Wahlkreise werden nötig gemacht.
- 11. Abt. 7 Uhr bei Köpcke, Blücherstr. 37: Besprechung sämtlicher Wahlkreise und Wahlkreise.
- 14. Abt. Treffpunkt aller Genossen abends 9 Uhr bei Obligo, Stralander Str. 11, zum Kaffeehaus.
- 17. Abt. Wichtige Konferenz sämtlicher Wahlkreise, Bezirksverwaltungsämter und Wahlkreise, 7 Uhr, Kunitzstr. 26, Ledeburger Str. 26.
- 18. Abt. 7 Uhr Wahlkreisbesprechung bei Trümper, Hiesburger Str. 8. Wichtigste Tagesordnung.

Schwarzburger. Deswegen Wahlkreisbesprechung 8 Uhr im Goethe-Park, Spandauer Straße. Referenten: Große Brenner und Gensler. Themen: Die weltgeschichtliche Bedeutung des morgigen Tages.

Wahlkreise (Dobbin). 8 Uhr, öffentliche Wahlkreisbesprechung bei Kahl, Dorsstraße. Vortrag des Genossen Wolf Busch: „In letzter Stunde.“

Morgen 6. Juni:

- 14. Abt. Zur Wahlkreise treffen sich die Genossen und Genossinnen früh 7 Uhr im Lokal von Köpcke, Engelstr. 13. Zahlreiche Beteiligung ist unbedingt erforderlich.
- 19. Abt. Alle Genossen, welche sich als Wahlkreise der Abteilung zur Verfügung stellen wollen, werden ersucht, am 7. Juni früh bei Köpcke, Dorsstr. 24, zu erscheinen.
- 20. Abt. Das Hauptwahlbureau für die Abteilung befindet sich bei Gensler, Stahlweimstr. 10. Alle Genossen, welche am Wahltag helfen und noch keine Funktion erhalten haben, melden sich am Sonntag von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags dort.
- Lehrerabend. Wir ersuchen alle Parteigenossen, die noch nicht für Wahlarbeiten verpflichtet sind, sich am Sonntag früh 8 Uhr in unserem Bureau, Niederbarnimstr. 4, zu melden. Das Zentralwahlbureau für Hiesberg befindet sich im Bureau, Niederbarnimstr. 4, Tel. 9007.

Frieden. Das Zentralwahlbureau befindet sich am Sonntag im Restaurant Hohenzollern, Dorsstr. 64. Die Mitglieder werden ersucht, sich zur Wahlhilfe dort einzufinden.

Soziales.

Zulagen zu den Unfallrenten.

Durch Verordnung vom 5. Mai 1920 sind die Rentenzulagen für Unfallrenten beträchtlich erhöht und auf eine andere Berechnungsgrundlage gestellt worden. Auch sind sie ausgedehnt auf Unfallrenten von 50 Proz. ab (statt bisher von 66 2/3 Proz.), sowie auf Witwen- und Waisenrenten aus tödlichen Unfällen. Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung sind noch nicht ergangen, auch im übrigen erfordert die Durchführung der neuen Zulagen umfangreiche Druck-, Rechen- und Schreibarbeiten, so daß sie trotz aller Anstrengungen erst allmählich in den nächsten Wochen und Monaten zur Auszahlung kommen können. Inzwischen laufen die bisherigen Zulagen von 20 M. monatlich weiter und werden später auf die neuen Bezüge vom 1. Januar d. J. ab berechnet. Die Empfänger von 50 Proz. und darüber ebenso die von Witwen- und Waisenrenten brauchen, um die neue Zulage zu erhalten, bei ihrer Versicherungsgesellschaft keinen besonderen Antrag zu stellen. Die neuen Zulagen werden ihnen von Amts wegen zukommen und durch unnötiges Schreiben wird im allgemeinen die wünschenswerte schnelle Abwicklung eher verzögert. Dagegen müssen sich diejenigen Rentempfänger melden, die aus verschiedenen Unfällen mehrere Renten von zusammen 50 Proz. oder mehr beziehen, weil sie von Amts wegen durch die Versicherungsgesellschaften nicht genau festgestellt werden können.

Der Nebrenten, der infolge der Rentenerhöhungen von den Versicherungsgesellschaften aufzubringen ist, beläuft sich übrigens auf circa 68 Millionen Mark.

Gerichtszeitung.

Der Falkenhagener Massenmörder vor Gericht.

Das Strafverfahren gegen den Schloffer Friedrich Schumann aus Spandau, Massenmörder aus Falkenhagen, ist gestern durch Eröffnung des Hauptverfahrens durch die Strafkammer des Landgerichts III soweit beendet, daß die Verhandlung gegen S. noch in der in diesem Monat stattfindenden Schwurgerichtsperiode beim Landgericht III stattfinden wird. Schumann wird beschuldigt, des Mordes in sieben Fällen, und zwar an dem Nachbarn Engel (1917), dem Lehrer Paul und dem Schloffer Robert Riewitz (1918), dem Koloniar Walter Riedorf, der Kantorin Charlotte Riederer und dem Postkassierer Rielhof (1919), ferner des Mordversuchs in 11 Fällen gegenüber dem Amtsvorsteher Freymuth, dem Hegemeister Arpke, dem Hilfsförster Timm u. a. Außerdem lautet die Anklage auf Mordbrennerei (Brandstiftung mit Tötungsabsicht), schwere Raubtatsache in mehreren Fällen und Einbruchsdiebstahl. — Eine längere und eingehende Beobachtung des Schumann auf seinen Geisteszustand hat das Vorhandensein irgendwelcher auf Anwendung des § 51 hingewiesener Momente nicht ergeben.

Aus aller Welt.

Hungerkrawalle in Deutschböhmen.

Die Ernährung von Aisch ist bereits seit sechs Wochen ohne Brot und hat auch keine Nahrungszufuhr erhalten, so daß es anläßlich des letzten Jahrmarktes zu Unruhen gekommen ist. Gendarmerte und Militär schritten mit blauer Waffe ein. Die Lage gibt Anlaß zu ernstlichen Befürchtungen, wenn nicht sofort Lebensmittel kommen.

Das Geheimnis von Gusew.

Weshwegen Rußland nicht kaufen konnte. Die aus Moskau und Nowo heimgekehrten Mitglieder der litauischen Friedensabordnung berichten über die große Explosio-

tion in Moskau am 9. Mai, welche die drahtlose Telegraphenstation schwer beschädigte, u. a.:

Eine mächtige Detonation brachte alle Häuser zum Ergittern, und viele Menschen wurden auf der Straße umgeworfen. Es folgten in kurzen Zwischenräumen drei solcher heftiger Explosionen. Es wurde bald bekannt, daß das mächtige Munitionslager im Dorfe Gusew, 5 Kilometer von Moskau entfernt, in die Luft geflogen war. Sofort nach der Explosion wurde es durch Militärpatrouillen besetzt. Ein jeder, der einigermaßen gut gekleidet war, wurde verdächtigt, die Explosion mit herbeigerufen zu haben. Die Unglücksstätte wurde im Umkreis von mehreren Kilometern abgesperrt. Das ganze Dorf war dem Erdboden gleichgemacht. Die meisten Bewohner wurden getötet, darunter auch die ganze militärische Besatzung. Am nächsten Tage wurde in Moskau die Arbeit zu Ehren der Opfer eingestellt. Selbst die litauische Friedensabordnung mußte ihre Verhandlungen an diesem Tage einstellen. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, und jeder, der verdächtig war, dranz beteiligt zu sein, wurde ohne Rücksicht auf seine Ausweispapiere der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution überliefert.

Revanche für deutschnationale Kriegsgelüste. Die Interalliierte Rheinland-Kommission hat neuerdings angeordnet, daß alle deutschen Militärpersonen, Polizei-, Feuerwehr- und Postbeamten in Uniform die Fahnen der Entente anheften müssen. Die Offiziere müssen die Offiziers der verbündeten Mächte gleichen und höheren Ranges anheften. Alle anderen Deutschen in Uniform müssen Ententeoffiziere anheften.

Weil Wilhelm Balkenberg werden sollte. Seit Jahr und Tag in Litauen ansässige Reichsdeutsche und selbst dort gebürtige Deutschstämmige (Deutsch-Litauer) werden des Landes verwiesen, angeblich dafür, daß sie feinerzeit die deutschen Besatzungstruppen unterstützt hätten. Die Einwanderung Deutscher ist nicht gestattet.

Eine Reichsstation Stuttgart wird, wie uns aus Frankfurt gedröhrt wird, eingerichtet. Sie wird in den nächsten Tagen eröffnet und soll bei Tane eine Reichweite bis zu 900 Kilometer, nachts eine solche von 3000 Kilometer haben. Mit der Tagreichweite kann man von Stuttgart sämtliche Stationen Deutschlands anrufen, nachdem der von der alldeutschen Militärliste und eingetragene Krieg das Reich zu verkleinert hat.

Flugplatz statt Landwirtschaft. Die französische Militärverwaltung beabsichtigt in Rheinheffen bei Bingen einen neuen Militärflugplatz einzurichten, und zwar in einer der fruchtbarsten Gegenden der Provinz. Alle Einwendungen der deutschen Behörde um Verlegung des Platzes auf den ehemaligen Exerzierplatz Großer Sand, der sich nicht zum Ackerland eignet, wurden von der französischen Behörde abgewiesen. Es sind neue Verhandlungen durch den hessischen Staatskommissar noch einmal eingeleitet worden. Und wenn haben wir die übermächtige Fremdherrschaft zu danken? Den nationalistischen Kriegsverlangern!

Weiß und Schwarz in England. Wie aus London gemeldet wird, kam es in der Nacht zum 3. Juni in Newport und Monmouth zu Reibereien und Revolverschieereien zwischen weißen und schwarzen Seeleuten. In den Morgenstunden gelang es, die Ruhe wiederherzustellen.

Ein radikales Mittel. Die mexikanischen Behörden schlossen, ein Drittel der Häuser von Veracruz zu zerstören, die jetzt ausgebrochene Seulenpest zu bekämpfen.

Sport.

3866 390 M. betrug der Totalertrag der Totalisatorn Karlsdorfer Rennpferde. — Für Karlsdorf 10 Rennstage ausgeschrieben, und zwar werden abgeworfen für den 8. August 164 000, für den 15. August den 22. August 210 000 und für den 29. August 1

Öffentliche Bekanntmachung.

Im Wahlbureau des Magistrats, Berlin C 2, Stralander Straße 44/45, I. Hof part. rechts, finden folgende öffentliche Sitzungen statt:

1. am Donnerstag, den 10. d. M., mittags 12 Uhr: des Wahlkreises für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) zur Ermittlung des Wahlergebnisses dieses Kreises;
2. am Sonnabend, den 12. d. M., a) vormittags 12 Uhr: des Verhandlungswahlkreises für den Reichstagswahlkreisverhand II (Brandenburg I) zur Ermittlung der Zahl der auf Grund der Bestimmungen nach auf die verbundenen Kreiswahlkreise einflussenden Abgeordneten und zur Ermittlung dieser Abgeordneten an den betreffenden Kreiswahlkreisen;
- b) nachmittags 1 Uhr: des nachstehend zu 1 genannten Wahlkreises zur Vertellung der Wahrscheinlichkeit auf die Wahlkreise für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) und Ermittlung der erforderlichen Anzahl von Abgeordneten für gewählt.

Berlin, den 4. Juni 1920.
Der Wahlleiter für den Reichstagswahlkreis 2 (Berlin) und zugleich der Verhandlungswahlleiter für den Reichstagswahlkreisverhand II (Brandenburg I),
Loehning, Stadtrat.
(Ldb.-Nr. 829, Abt. 20)



Ullstein-Schnittmuster A. Wertheim
Leipziger Str., Königstr., Rosenthaler Str., Moritzplatz

Ankauf Juwelen
zum heutigen hohen Kurse
Margraf & Co. G. m. b. H.
Kanonierstr. 9

Einmaliges Angebot
solider moderner **Möbel**
sehr billig.
Lück Spranz Komp. v. 1200 M. & Eich. Harz. 2200
Schlafz. 1300 Harz. 4000
Küchen weiß. Tüll. 340
Gebr. Kassner,
Bäloustr. 6. am Nollent. Corf-Platz.

Neue Haare wachsen schon wieder
Ihre Haarrestmutter wirkt nach dem Einreiben den Frau D... Sonat... So aber ähnlich lauten viele andere Erfahrungen über Reichel's Haarrestmutter.
Reichel's Haarrestmutter
Dr. Otto Reichel, Berlin 43, 50, Ullsteinstr. 4

!!! Geld !!!
Ist jeder Herrliche, schön Ankaufpreis für Glanzstücke, Brillanten, Goldgegenstände, Schmuck, Uhren usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ullsteinstr.

Alle Gebisse
Rahn bis 100 M. Platin
kauft Urban, Reithalerstr. 64.

Alt-Papier
alles geknülltes Papier, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Skripturen etc. kauft zu höchsten Tagespreisen
Fritz Seydlitz,
Reithalerstr., Hermannplatz 4.
Telephon: Reithalisch 7291.

Haarschmuck
in vollem Betriebe zur sofortigen Übernahme zu kaufen gesucht. Wassereremittlung erwünscht. Angebote unter 3. B. 8274 an Rudolf Hoffe, Berlin G 23, 19. 6/17

Elektromotore
Gleichstrom :: Drehstrom
kauft
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstr. 10.
Tel. Lützow 3795 und 9318.

Natura-Institut, Blücherplatz 3
direkt am Halleschen Tor.
Sprechstunden 10-1, 4-8,
Sonntags von 11-1 Uhr.
3 Wartezimmer.

Metall-Ankaufsstelle
Grüner Osten, Weg 80
zahl die höchsten Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Altmetalle,
Quecksilber, Stahl, Eisen ufm. hochqual. Metallschmelze.
Reinigungsanstalt 17, Moritzplatz.

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Cindelerstr. 3

Grundstücke und Forderungen der Sozialdemokratie
Erläuterungen zum Erster Programm von **Karl Kautsky** und **Bruno Schönlank**
Preis 75 Pf.

TROCKENPARFÜM
Lebona Berlin
HAUT CREME
Überall erhältlich

Werkzeugmaschinen
neu und gebraucht
Felix Kohls, Berlin S 14,
Alte Jakobstr. 66.
Tel.: Am Moritzplatz 32073, 32072.
Santa Lucia
Südwien verdankt seine feurige Süße der Sonne des Südens
Depot: N. 4, Bergstr. 34. Norden, 6822. Überall käuflich

Zum Tod Hans Paasches.

Die „Freiheit“ veröffentlicht einen Bericht des Abchnittkommandos Deutsch-Krone mit Äußerungen unabhängiger Parteifunktionäre, darunter des Zentralsekretärs Stöcker. Berlin aus dem Februar 1920 über Aufstandsvorbereitungen und Waffenbeschaffung. Die „Freiheit“ erklärt diese Äußerungen als erlogene Spiegelmache. Der Spiegel sei entlarvt. Er erhalte neben seiner Reichswehrübung 150 M. pro Bericht. Das Kommando habe eine besondere Spiegelsabteilung, und diese habe auch die Schulbildung gegen Hans Paasche erhoben, auf Grund deren die Hausdurchsuchung mit Militärbesitzand erfolgte.

Kein Engel ist so rein.

Wie die Mähl-Kahr-Garde.

München, 4. Juni. Laut „Bayerischem Kurier“ hat die dienstliche Aufklärung über das Verhalten der Reichswehroffiziere während der Märzvorgänge beim Wehrkreiskommando 7 in keinem einzigen Falle ein verfassungswidriges Verhalten von Reichswehroffizieren festgestellt. Im besonderen ist erwiesen, daß von den in den sogenannten „Dokumenten der Konterrevolution“ genannten bayerischen Reichswehroffizieren keiner an dem Kapp-Unternehmen beteiligt gewesen ist. — Aber die ganze Regierung Kahr ist doch das Ergebnis der „Verfassungstreue“!

Die sächsischen Truppen verfassungstreu.

Dresden, 4. Juni. (M.) Generalleutnant von Stolzmann, der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV hat an die sächsische Regierung am 2. Juni 1920 ein Schreiben gerichtet, in dem es zum Schluß heißt: „Ich erkläre ausdrücklich, gleichzeitig im Namen der mir unterstellten Reichswehrbrigaden 4, 12, 18 und 19, daß diese mit ihren Führern, Unterführern und Besatzungen hinter mich geschlossen auf dem Boden der Verfassung stehen und jeden Versuch, diese gewaltsam zu verändern oder zu verletzen, gleichviel, von welcher Seite ein solcher Versuch auch immer kommen sollte, mit ganzer Kraft unterdrücken werden.“

Weniger Hollandmilch ins Ruhrgebiet!

Weil die Mark steigt.

Amsterdam, 4. Juni. Nach „Allgemein Handelsblad“ werden die Milchlieferungen nach dem Ruhrrevier von 50 000 auf 30 000 Liter eingeschränkt, da die Regierung das System des Zuzahlens eingestellt hat. Von jetzt ab müssen die Gemeinden die Kosten selber tragen, und auf diese Weise wird ihnen der Gewinn bei dem Steigen der Mark zu gering.

Ein habsburgischer General.

Wien, den 4. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Vor einem Strafsenat aus Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes stand der General der Infanterie Lüttgendorf, des Verbrechens des Mordes angeklagt. Er hatte am 18. August 1914 (an Franz Josephs Geburtstag) in Schabag in Serbien drei Soldaten, welche von einer Patrouille eingekerkert worden waren, weil sie am Fluß geschossen hatten, ohne Verfahren niederlassen lassen, und zwar mit dem Bajonett auf dem Kirchplatz. Er verantwortete sich dahin, daß er die Leute für Mörder gehalten und nur von seinem Rotkreuz Gebrauch gemacht habe. In der Verhandlung kam heraus, daß er die Leute nicht einmal gesehen, noch weniger vernommen hatte. Mehrere Zeugen sagten aus, daß zunächst einige Soldaten sich weigerten, den Mordbefehl zu erfüllen, so daß der General schließlich einen Profoszen heranzief. Als dieser sich ebenfalls sträubte, drohte ihm der General, ihn als vierten niedermachen zu lassen. Ein Zeuge bekundete, daß Lüttgendorf bei einer Standrechtsverhandlung zugleich mit dem Befehl zur Verhandlung die Weisung gegeben hat, die Angeklagten hinrichten zu lassen. Das Urteil lautete nur wegen Annäherung einer Dienstgewalt auf sechs Monate Profoszenarrest.

Waffenstillstand in Cilicien.

Die türkische Armee in Kleinasien hat sich als der Entente überlegen erwiesen. Nachdem bereits seit längerer Zeit Verhandlungen mit Kemal angebahnt waren, meldet jetzt die „Times“ aus Konstantinopel, daß General Gouraud, Oberkommandant Frankreichs in Syrien, einen zwanzigtägigen Waffenstillstand mit den Nationalisten in Cilicien abgeschlossen hat. Die Weisheit haben dabei schon die Londoner Verhandlungen mit Kressin mitgewirkt, der laut „Daily Herald“ mit einer kommenden Gefahr für Englands Petroleuminteressen in Persien und Mesopotamien winkte, was wiederum Englands Wunsch nach Frieden in Vorderasien und seine Abneigung gegen weitere Hilfe für Frankreich verstärkt haben dürfte. Die Frage ist nur, ob dieser Waffenstillstand die Heranziehung weiterer französischer Truppen verbietet und wie die Verfolgung einer solchen Abmachung gefördert werden soll. Den Frieden mit den Türken wird man auf der Grundlage des Pariser Diktats jedenfalls nicht erreichen. Dazu ist den Türken Sowjetrußland zu nahe.

Das „Echo du Rhin“ gegen die Rheinländerinnen.

Ein Nachrichtenbureau verbreitet folgende Meldung: Das von den Franzosen in Mainz herausgegebene „Echo du Rhin“ bringt einen Angriff gegen den „Vorwärts“ und dessen Anregung, daß die deutsche Regierung an alle zivilisierten Nationen mit Ausschluß Frankreichs einen Bericht über die Greuelthaten der farbigen französischen Truppen in den besetzten Gebieten zu erstatten beabsichtige. Besonders erregt sich das „Echo du Rhin“ über die Versicherung des „Vorwärts“, das ganze deutsche Volk sei über die Greuelthaten der Franzosen empört, und erklärt diese Behauptung für eine reine Wahnrede, da insbesondere der rheinischen Bevölkerung nicht das mindeste von Empörung anzumerken sei. Das „Echo du Rhin“ behauptet, die offizielle Erklärung der französischen Regierung, nicht die Senegalneger hätten die deutschen Frauen, sondern die deutschen Frauen die Senegalneger belästigt und angegriffen, entspräche vollkommen den Tatsachen und erwidert sich, dem „Vorwärts“ eine Mißhandlung der dortigen Fälle zur Verfügung zu stellen. Selbstverständlich führt das Blatt keine einzigen derartigen Fall an, aus dem einfachen Grunde, weil ihm keiner bekannt ist. Es begnügt sich vielmehr damit, das Münchener Organ der U. S. V. D., „Der Kampf“, zu zitieren, dem es als nahezu einzigen deutschen Blatt vorbehalten geblieben ist, die französischen Angriffe gegen deutsche Frauen zu untersuchen und der in einer seiner letzten Nummern behauptet hat, besonders die Damen der guten Gesellschaft im Rheinland hätten die Regier zu ihren Subordinierten gemacht. Das unabhängige Blatt geht sogar so weit, die in England und Amerika betriebene Propaganda gegen die Schande in Europa als eine Sache hinzustellen, und den deutschen

Der Wahlkampf.

Strefemanns „Mystifikation“.

Genosse Ernst Heilmann schreibt uns: Herr Dr. Strefemann behauptet, ich müßte am 17. März mit dem Angebot, daß Dr. Leidig und Dr. Strefemann in die Regierungen des Reiches und Preußens eintreten möchten, mystifiziert worden sein; er habe nie ein Telefongespräch mit mir geführt. Dieses letztere ist wahr. Das Gespräch ist von dem Abgeordneten Dr. Leidig geführt worden, der versichert, daß er zugleich im Auftrage und im Namen des Herrn Dr. Strefemann spräche und telephonische Antwort an Herrn Dr. Strefemann erbat.

Die „Freiheit“ ist neugierig, was ich Herrn Dr. Leidig geantwortet hätte. Ich habe das in der preußischen Landesversammlung bereits mitgeteilt, kann es aber gern noch einmal wiederholen. Ich sagte Herrn Dr. Leidig, daß nach meiner Ueberzeugung Kapp und Lüttich schon ohne ihre aktive Mitwirkung erledigt seien und daß ich daher für die angebotene Unterstützung der Deutschen Volkspartei am 17. März keine Verwendungsmöglichkeit mehr sähe. Sollten indessen die Parteifunktionäre anders darüber denken, so würde ich Bescheid geben. Die Parteifunktionäre haben dann mit lächelndem Genugtuung von der Bereitwilligkeit Leidigs und Strefemanns Kenntnis genommen, in die Koalitionsregierung mitzutreten, und wir haben einstimmig beschlossen, die Sache damit als erledigt zu betrachten. Ernst Heilmann.

Unbildung, Gefühlsroheit, Geschichtsunkennntnis.

In unserer Freitag-Abendausgabe teilten wir im Auszug das Schreiben des Professors v. Gierke an die Deutschnationale Volkspartei mit, dessen letzter Satz darin gipfelte, daß die antisemitischen Flugschriften der Deutschnationalen Volkspartei „ein erstaunliches Maß von Unbildung, Gefühlsroheit und Geschichtsunkennntnis verateten“. Während die meisten rechtsstehenden Blätter diesen Satz sorgfältig verschweigen, sieht sich die „Kreuz-Ztg.“ zu folgendem Geständnis veranlaßt:

Was Geheimrat v. Gierke im letzten Satz über die antisemitischen Flugschriften sagt, ist hinsichtlich mancher von ihnen berechtigt. Unberechtigt aber ist, daß die Deutschnationale Partei sich durch das Verhalten zu seiner Tochter mit demjenigen Antisemitismus identifiziere, dessen Ausfluß diese Flugschriften sind. Die Deutschnationale Volkspartei hat Fräulein v. Gierke bekanntlich nicht den Stuhl vor die Türe gesetzt, sondern sie in der Partei zu halten gesucht. Wir haben seinerzeit das Schreiben mitgeteilt, in dem der Parteivorstand darlegt, weshalb er ihr einen ausführenden Platz auf der Reichsliste nicht räumten vermochte. In ihrem alten Wahlkreise aber haben die „händigen Stühle“ sie allerdings nicht wieder als Kandidaten aufgestellt. Es ist das nicht ausschließlich wegen ihrer jüdischen Abstammung geschehen. Indessen mag diese ausschlaggebend gewesen sein.

Mit dem letzten Satz strast die „Kreuz-Zeitung“ auch die „Deutsche Zeitung“ Lügen, die lediglich behauptet, die Nichtwiederaufstellung Fräulein v. Gierkes sei eine Folge ihrer Politik, nicht ihrer Abstammung. Die „Kreuz-Zeitung“ verrät uns, daß die Abstammung ausschlaggebend war!

Kundgebung der Jungsozialisten.

Zu einer eindrucksvollen Demonstration der Jugend für Sozialismus, Demokratie und geistige Revolution schickte sich die öffentliche Versammlung der 10- bis 17jährigen Jünger im Gesellschaftshaus „Hedeler Markt“. Genosse Artur Zickler zeichnete ein treffendes Bild von dem politischen und geistigen Knick unserer Zeit und stellte dem Jungproletariat die Aufgabe, in sich die neue Gesinnung zu entwickeln, die uns allein zum Sozialismus führen kann. Die Jugend muß sich ihrer großen Sendung bewußt werden, muß lernen und sich bilden, um das hehre Zukunftsideal der Menschheit zu verwirklichen. In diesem Sinne ist Sozialismus Arbeit, Arbeit an sich selbst, Arbeit an anderen, Arbeit am Bau der menschlichen Gesellschaft. Zickler schloß unter stürmischem Beifall der zahlreich erschienenen jugendlichen Wähler mit dem Ruf, am Schlusse der sozialistischen Gesinnung durch Aufgabe eines sozialdemokratischen Stimmgeldes Ausdruck zu geben. Die anwesenden Ultraradikalen, denen in der Diskussion die weitestgehenden Vergünstigungen eingeräumt wurden, gaben durch ihre Ausführungen dem Genossen Zickler und unseren Diskussionsrednern nur Gelegenheit, unsere Anschauungen in um so günstigeres Licht zu stellen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die wohlgelungene Kundgebung geschlossen. Sie bedeutet für die Partei und die Jungsozialistische Vereinigung einen schönen Erfolg.

Frauen den wesentlichen Teil der Schuld an den unglücklichen Verhältnissen im Rheinland zuzufügen. Es läßt sich denken, mit welchem Behagen das „Echo du Rhin“ diese Auslassungen des „Stampf“ wiedergibt.

Es ist nicht das erstemal seit Kriegsende, daß nach einem bekannten Wort der Moskauer kommunistischen Zeitung „Pravda“ die „blutbesudelten Stiefel der französischen Generale von den deutschen Unabhängigen geleckt“ werden. Die englischen und französischen Sozialisten, wie E. D. Morel, Daniel, Renault, Georges Pioch usw., die den Mut hatten, gegen die Anwesenheit und gegen die Taten der Farbigen im besetzten deutschen Gebiet zu protestieren, werden sich besonders freuen zu hören, wie auf deutscher radikaler Seite ihre Bemühungen geachtet werden: Luise Zieg und der Münchener „Kampf“ sorgen schon nach Kräften dafür, daß die französischen Militaristen gegen solche „Mache“ geschützt werden.

Frankfurt a. M., 8. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus New York meldet die „Frankfurter Zeitung“: In den Vereinigten Staaten hat die Bewegung gegen die Verwendung schwarzer Truppen im besetzten Gebiet einen mächtigen Widerhall gefunden. In vielen Städten finden Rassenproteste statt. Die Erbitterung über die schwarze Schmach ist am stärksten in deutsch-amerikanischen und katholischen Kreisen.

Deutschösterreich kriegt die Rettung vor dem völligen Verhungern nicht geschenkt. Bis zur Abzahlung übernimmt der „Wiedergutmachungsausschuß“ in Wahrheit die Regierung. Er kann 3. B. wirtschaftliche Parlementsbeihilfen aufheben lassen und die Annahme seiner Vorlagen anordnen — also Schutzgebiet oder noch weniger.

Die Eisenbahner.

Vor einer auf behutsamen Veranlassung des Verbandspräsidenten der Eisenbahner (Erede Lehter Bahnhof) referierte letzten Donnerstag im „Bahnhofslokal“, Invalidentstr. 53, Eisenbahnsenior Z hurau. Er führte in einer weitläufigen Rede der Versammlung vor Augen, in welcher schamloser Art und Weise es die rechtsstehenden Parteien verstanden haben, der blinden Masse der deutschen Bevölkerung den wahren Sachverhalt der wirtschaftlichen Lage zu verheimlichen und so das Volk bewußt in ein grenzenloses Unglück hineinzuführen. Er beleuchtete einzeln die Taktik der bürgerlichen Parteien, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen und die Gründe, welche sie betrafen, wie die Bankrotteure ihre Firmen zu ändern, unter ganz anderen Namen das Volk ihre früheren Schandtatzen vergessen machen zu wollen.

Rebaltier Beifall lohnte den Redner und indem die Versammlung von einer Diskussion Abstand nahm, bewies sie das vollkommene Einverständnis mit dem Referat. Nach einem kurzen kräftigen Schlußwort und mit einem Hoch auf die alte sozialdemokratische Partei wurde die Versammlung, welche wieder dazu beigetragen hatte, einen Teil Eisenbahner der Partei zuzuführen, geschlossen.

„Der Günstling des Ministerpräsidenten.“

Die Presse der Rechten verbreitet die Behauptung, daß ein Herr Max Liechtenstein vom preußischen Ministerpräsidenten Genossen Otto Braun zum Verwalter von staatlichen Mooren ernannt worden sei, weil er der Freund Otto Brauns sei. Schon am Mittwochabend wurde durch die „F. V. N.“ offiziell erklärt, daß Braun den Herrn Liechtenstein höchstens zweimal im Leben gesehen hat und er die Stelle auf Grund seiner guten Zeugnisse erhalten hat. Trotzdem wiederholt die „Post“ am Donnerstagabend die Beschuldigungen, ohne von der Widerlegung Notiz zu nehmen. Man könnte also von einer Unwahrheit wider besseres Wissen sprechen.

Durch zweier Zeugen Mund.

Während die Sozialdemokratie von den Sowjetisten während des Kampfes wird, weil sie alle Diktatur verwirft und den Sozialismus nur auf den Wehrheitswillen des freien Volkes gestützt dauernden Bestandes sicher glaubt, schreibt das evangelische Wochenblatt „Licht und Leben“ in Nr. 21:

Die ganze Sozialdemokratie läuft hinaus auf Klassenherzhaft des Proletariats, das sagt sie selbst. Die blähere sagt es verächtlich, die Maßrote sagt es unverkämmt. Also darüber sind wir klar: Der Sozialdemokratie keine Stimme!

Wenn sie uns links wie rechts verfeinden, müssen wir auf dem rechten Wege sein. Weder ein nationalsozialistisches noch ein sowjetistisches Deutschland kann zu besseren Beziehungen mit dem Ausland und schließlich zur unzulässigen Revision des Versaillesdiktats, das die Quelle unseres Elends ist, gelangen!

Aufklärung erwünscht.

Die „Freiheit“ berichtet, daß auf verschiedenen Jahrsabenden der U. S. V. D. Offiziere als Mitglieder beigetreten seien und Leute zum Sonntag in den Reichstag eingeladen hätten, wo sie 50 M. und Waffen erhalten würden. Ja, wie kommt es denn, daß diese Leute von den so spitzfindigen Unabhängigen nicht sofort festgenommen wurden, ganz abgesehen davon, daß der Beitritt von Offizieren zur U. S. V. D. offenbar geduldet wurde? Die Meldung bedarf sehr der Aufklärung.

Sonderbar ist auch die Mitteilung der „Freiheit“, daß Offiziere durch gefaltete Subjekte, die als U. S. V. D. Leute auftreten sollten, die Wahl hören und die linksstehenden Kandidaten verhaften lassen wollten. Derartige Verhaftungen würden doch von jedermann als Rechts- und nicht als Wehrheitsdelikt aufgefaßt werden. Es wäre denn, der ohnehin so geringe Unterschied zwischen rechten und linken Wehrheitskriegsbekämpfern, Karlsrufern und Wehrheitskämpfern veränderte bis zum Wehrheitsmorgen noch völlig. Sie arbeiten ja so wie so füreinander. Hergt-Strefemann und Zieg-Zeitin und ohne Lebedour kein Lüttich.

Heber abgerissene Versammlungsanzeigen besagte sich ein Beamter des Postamts W. 30. Wie er uns mitteilt, haben es ganz besonders die Herren Pardus und Reinhardt auf die vom Obmann des örtlichen U. S. V. D. Ausschusses unterzeichneten Versammlungsanzeigen abgesehen, und zwar nur deshalb, weil sie den beiden genannten Herren nicht zur Unterschrift vorgelegt werden! Ja, ja, die gute alte Zeit, in der man die unteren Beamten so schon stramm stehen lassen konnte!

Die „Deutsche Wirtschafts- und Arbeitspartei (Arbeitspartei)“ teilt uns in einer Erklärung mit, daß sie ihre Wahlversichee zurückgezogen hat. Stimmen für diese Vorläge würden somit ungültig sein.

Die persische Gesandtschaft in Washington soll die Nachricht erhalten haben, daß die Bolschewisten in Teheran eingetroffen seien (?). Andererseits soll der Schah von Persien soeben von seiner Europareise in Teheran wieder eingetroffen sein.

Empfang in der Heimat. Der schweizerische Sozialist Platten traf aus Sowjetrußland in Rom an Bord ein. Da gegen ihn vom Generalkriegs her noch ein Militärgerichts-urteil auf sechs Monate vorliegt, wurde er bei seiner Ankunft verhaftet.

Hilf los, Däumig und Grifflin, — daß Ihr noch Gnade findet wie aus Moskau gemeldet wird, soll dort der zweite Kongreß der kommunistischen Internationale am 15. Juni abgehalten werden.

Die überprüfene Bureaudirektors Geheimen Regierungsrats Hoppe ist durch Verfügung vom 16. Mai der Geheimen expedierende Sekretär und Kassulator Georg Bruchahn zum Bureau direktor im Landwirtschaftsministerium bestellt und zum Geheimen Regierungsrat ernannt worden.

Bewegungsbeweg für entlassene Soldaten. Vom Reichswehrministerium wird mitgeteilt: Unteroffiziere und Mannschaften, die anlässlich der Märzvorgänge entlassen worden sind, haben Wünsche und Beschwerden nicht an das Reichswehrministerium unmittelbar, sondern an die zuständigen Brigaden und Wehrkreise zu richten. Dort wird der Fall untersucht und entschieden. Gegen diese Entscheidung steht den Beteiligten Beschwerde beim Reichswehrminister zu, der hierfür einen besonderen Untersuchungsausschuß unter Staatssekretär Stöck eingeleitet hat. Unmittelbare Vorlage von Beschwerden oder Wünschen beim Reichswehrminister unter Umgehung der zuständigen Brigaden oder Wehrkreise führt zu einer Verzögerung der Angelegenheit, da das Reichswehrministerium, bei dem Unterlagen für die einzelnen Fälle nicht vorhanden sind, die Angelegenheit doch an die zuständigen Dienststellen zunächst zurückleiten muß.

Der in Danburg verhaftete Hauptmann Erdmann war nicht mehr Leiter der Sicherheitspolizei, sondern bei der Einwohnerwehr.

Gewerkschaftsbewegung

Die U. S. P. D. und die Gewerkschaften.

Bei Ausbruch der Revolution war die U. S. P. eine Partei ohne Mitglieder. Die Eitelkeit ihrer Führer ließ es aber nicht zu, sich den ehernen Gesetzen der Entwicklung zu beugen. Anstatt für den Sozialismus einzutreten, taten sie alles, um die vom Krieg aus der Lohn geworfenen früher indifferenten, zum großen Teil sogar antisozialistischen Elemente für die U. S. P. einzufangen. Zu diesem Zweck mußte sie die Unzufriedenheit der mißgewordenen Spießbürger im Arbeiterrod, die 1914 „Heil dir im Siegerkranz“ brüllten und 1918 „ca ira“ jubelten, nach Möglichkeit schüren. Sie stellten unerfüllbare Forderungen auf, über die ihre Vertreter in der Regierung stolperten, sie prüßelten die neugeborenen Gewerkschaften gegen die Bonzen auf, weil sie nur gewinnen konnten, wenn die Unzufriedenheit, wenn der Wirrwarr recht groß war. In völliger Verkennung dessen, was wirklich revolutionär ist, haben sie alle Kräfte unterstellt, die sich nicht entblödeten, die Sprengungsversuche, die ihnen selbst in der Partei gelungen waren, in der Gewerkschaftsbewegung zu wiederholen. Als nichts mehr zu verderben war, ist das Zentralkomitee der U. S. P. einmal von diesen Verderbern der proletarischen Kräfte abgerückt. Eine Besserung ist freilich nicht eingetreten, weil die U. S. P. keine geschlossene Partei ist, sondern eine mehr lose als feste Vereinigung von 111 „revolutionären“ Sekten. Von Herrn Dr. Geber bis zu Herrn Dr. Müllig hat in jener Partei jeder „Führer“ wieder seine eigene Partei und deshalb blieb auch die viel zu spät erfolgte Warnung des Zentralkomitees vor der Zerspaltung der Gewerkschaften erfolglos. Aus dem Bureau desselben Zentralkomitees bekam die sozialistisch-anarchistische Union der Eisen- und Hüttenarbeiter die Versicherung, daß die U. S. P. „sie nicht im Stiche lassen und der neuen Organisation die Unterstützung angedeihen lassen werde, zu der wir irgend in der Lage sind“. In dem gleichen Schreiben wird wohlgefällig auf die Zerspaltungsorganisationen der Seeleute und der Winenschiffer verwiesen. Der unabhängig-spartakistische Seemannsbund hat bald darauf einen wilden Seemannsstreik inszeniert, weil ein Bremer Hafenarbeiter — ein Vertrauensmann in der U. S. P. — sich der Diktatur jener modernen Klassenkämpfer nicht beugen wollte. Der Streik hat großes Elend über die Seeleute gebracht, ohne daß für sie etwas herausbrang. Die Führer hatten den Verdrücktenchein oder den Gefängnis-Entlassungsschein in der Tasche. Heute sind jene Lieblinge der U. S. P. — Müttwichianer. Die unabhängig-spartakistische Winenschifferorganisation hat stets die Forderungen der Zentralverbände unterboten, um von den Kapitalisten anerkannt zu werden. Während des eben beendeten wilden Winenschifferstreiks haben die Führer sich von den Unternehmern beschwichtigen lassen müssen, daß sie den Streik in einer „ausgesprochen verkehrsarmen Zeit“ erklärt haben. Die Unternehmer haben wenig oder gar keinen Schaden, die nicht unterstützten Winenschiffer dühten den großen Unfug mit einem Lohnverlust von etwa 10 Millionen Mark. Ihr Führer ist Reichstagskandidat der U. S. P., deshalb hat dieser Streik, der sich mehr gegen die Zentralverbände der Transportarbeiter und Maschinisten richtete, als gegen die Unternehmer, auch die Unterstützung der U. S. P. - Presse gefunden. Es ging ja gegen die gewerkschaftliche Einigkeit der Arbeiterklasse, da dürfen die Zerspaltung der politischen Einigkeit nicht fehlen.

Nachdem die Berliner Vollversammlung der unabhängigen Betriebsräte bereits am 7. Oktober v. J. die Betriebsorganisation als gleichberechtigt neben den Zentralorganisationen anerkannt hatte, kam es im Gefolge der verunglückten Metallarbeiterstreiks zur (vorläufig allerdings nur theoretischen) Abwägung der Zentralgewerkschaften, damit dem Ideal aller revolutionären Zeitsagen, der Betriebsorganisation, der Betriebsorganisation, das Feld allein überlassen bleibe. Während die „Freiheit“ einige verlegene Bedenken hatterte, ging der Zentralvorstand der U. S. P., der „glänzende Kenner der deutschen Gewerkschaftsbewegung“, Herr Däumig, scharf ins Zeug für die Zerspaltungsabsichten der „revolutionären“ Betriebsräte. Däumig, der Führer bei allen gewerkschaftlichen Zerspaltungsaktionen, mußte allerdings schließlich doch den Schmerz erleben, daß die Berliner Revolutionäre ihren Beschluß wieder aufhoben. Die Verhältnisse waren noch allezeit stärker als die „revolutionäre“ Klappe.

Aber die Absicht, die Gewerkschaften wenigstens unter die Herrschaft der Münztröge zu bringen, wo die revolutionären gewerkschaftsfeindlichen Bonzen ihren Sitz haben, ist nach wie vor lebendig. In dem Streit über die Organisation der Betriebsräte:

kommt das erneut zum Ausdruck. Die Erhebung der (mehrheitssozialistischen) Bonzen durch Anhänger der U. S. P. ist nach Däumig eben noch keine Revolutionierung der Gewerkschaften. Sie müssen erst völlig zum Werkzeug der U. S. P. werden, dann ist Däumig zufrieden. Wenn es je soweit kommen sollte, woran wir zu zweifeln allen Anlaß haben, dann werden die Gewerkschaftler begreifen, daß U. S. P. D., die Abkürzung für Untergang sämtlicher Proletarier Deutschlands, zum mindesten ihr Unglück ist. Wer das nicht will, muß am 6. Juni seine Stimme der Diktatur der U. S. P. geben.

Wie sie arbeiten.

In der Dige (Critische Anstalt G. m. b. H. Berlin-Schöneberg), Bahnstr. 21/22, wurde bei der letzten Gehaltszahlung den Angestellten folgende Mitteilung übergeben:

Zur Kenntnisnahme! Auf unsere Anfrage bei dem Verbande Berliner Metallindustrieller nach dem Stande der gegenwärtigen Tarifverhandlungen mit den Angestelltenorganisationen ist uns folgendes mitgeteilt worden:

„Die Angestelltenverbände haben sich mit dem Vorschlage des Verbandes Berliner Metallindustrieller, die Tarifeinkommen um 100 Proz. zu erhöhen, einverstanden erklärt, aber gleichzeitig die Forderung erhoben, daß das Mitbestimmungsrecht nicht nur, wie in den früheren Tarifverträgen festgelegt, bestehen bleiben, sondern noch erweitert werden sollte. Diese Forderung hat von dem Verbande Berliner Metallindustrieller abgelehnt werden müssen, da dieser auf dem Standpunkte steht, daß es ihm nicht möglich ist, Zugeständnisse zu machen, die über die Rechte hinausgehen, welche den Arbeitnehmern durch das Betriebsrätegesetz eingeräumt sind.“

Demnach ist es lediglich der Weigerung der Angestelltenverbände, sich den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes anzupassen, zuzuschreiben, wenn die Tarifverhandlungen noch nicht zu einem Abschluß gelangt sind und wir infolgedessen unsere Angestellten heute noch nach den bisherigen Tariflöhnen entlohnen müssen. Die Geschäftsleitung, Berlin-Schöneberg, den 31. Mai 1920.

Hierzu ist festzustellen, daß der Inhalt dieser Mitteilung eine Verdrehung der Tatsachen darstellt. Der neue Tarifvertrag ist — im Gegenentwurf der Unternehmer — von der Gesamtheit der Angestellten abgelehnt worden und zwar, weil die hauptsächlichsten Paragraphen der Angestelltencharta unannehmbar erschienen. Es wäre interessant festzustellen, ob die Zukunft von der Geschäftsstelle des Verbandes Berliner Metallindustrieller wirklich so gelautet hat, wie sie die Geschäftsleitung der Dige wiedergibt, oder ob hier die Dige eigenmächtig die Mitteilung so gestaltet hat, wie „sie sie aussieht“. Die Angestellten können an diesem einen Beispiel schon erkennen, mit welchen Mitteln versucht wird, eine falsche Meinung innerhalb der Angestelltenchaft zu verbreiten.

Bisher ist ein Termin vor dem Schiedsgericht vom Reichsarbeitsministerium noch nicht festgesetzt worden. Da wir nach wie vor annehmen müssen, daß das Arbeitsministerium sich eifrig bemühen wird, in Eile die ersten Verhandlungen dieser Verhandlung sobald wie irgend möglich stattfinden zu lassen, wird wohl die Stelle wieder an der Bergdeputation schuld sein, die auch die bisherigen Differenzen schaffte. Nach den obigen Mitteilungen ist wohl klar erkennlich, welche Stelle das ist.

Die Transportarbeiter in den städtischen Betrieben für den Schiedspruch.

In zwei Versammlungen beschäftigten sich die Arbeiter obiger Gruppe mit dem von der großen Deputation am 31. Mai gefällten Schiedspruch.

Der Berichtskasser Brandenleiter Barwig war der Meinung, daß wenn auch nicht alle Punkte im Sinne der Arbeitnehmer erledigt seien, doch anerkannt werden müsse, daß unter dem Borfig des Oberbürgermeisters Vermuth die große Deputation den Willen gezeigt habe, den Wünschen der Arbeitnehmer näher zu kommen. In beiden Versammlungen wurde dem Schiedspruch zugestimmt.

Lohnbewegung in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbüchereifabriken.

Wie bekannt sein dürfte, ist bei den Eisenacher Verhandlungen ein minimales Lohnangebot von den Unternehmern gemacht worden, welches von unserem Vertreter in Eisenach sofort als unannehmbar für Berlin erklärt worden ist. Trotzdem wird versucht, der Kollegenchaft das Angebot schmacht zu machen. Mit einem Schläge erklärt sich der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer bereit, den Reichstarij anzuerkennen. Was im März d. J. nicht möglich war, ist jetzt für die Herren Selbstverständlichkeit. Der Verband Berliner Buchbindereibesitzer leistet sich gar die Extravaganz, die Gewährung einer Lohnzulage von der Einführung der 48 stündigen Arbeitszeit abhängig zu machen. Es ist Vorsicht geboten. Unsere Forderung lautet 125 R. für männliche Mitglieder, 0,75 R. für weibliche Mitglieder pro Stunde auf die jetzigen Bezüge. Die Vertrauenspersonen werden verpflichtet, die Forderungen nachdrücklich zu vertreten und uns in der am 10. Juni um 5 Uhr stattfindenden Vertrauensmännerversammlung bei Graumann, Raunhofer, 27, Bericht zu erstatten. Die Branchenleitung.

tag um 5 Uhr stattfindenden Vertrauensmännerversammlung bei Graumann, Raunhofer, 27, Bericht zu erstatten. Die Branchenleitung.

Tarifabschluß für die Angestellten bei Reichs- und Staatsbehörden.

Nach langwierigen, monatelangen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium ist am 4. Juni nachmittags zwischen den Vertretern der Reichsregierung und der preussischen Staatsverwaltung einerseits und den Angestelltenverbänden andererseits der Vorvertrag über den Gehaltsteil zum Reichstarijvertrag für die Angestellten bei den Reichs- und den preussischen Staatsverwaltungen endlich abgeschlossen und unterschrieben worden. Der Tarifvertrag befindet sich bereits im Druck und ist nach Fertigstellung durch die Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Berlin SO 28, Cranienstraße 40/41, zu beziehen.

Achtung, Bauarbeiter!

Die zwangswise Einführung der Akkordarbeit soll anheimend jetzt verwirklicht werden; man will den Staatswerkstätten nachahmen. Es sind zurzeit Leute an der Arbeit, die den Bauarbeitern die Akkordarbeit aufzwingen wollen. Wir erinnern auch an die bekannte Pressenotiz vom 20. Januar d. J., nach der der Wohnungsverband von Groß-Berlin beabsichtigt, nur noch solche Arbeiten des Wohnungsverbandes zu übernehmen, die in Akkord ausgeführt würden. Man will also im Berliner Baugewerbe das Akkordsystem einführen und zwar in erster Linie auf den hauptsächlich vom Wohnungsverband Groß-Berlin auszuführenden Siedlungsbauten. Die Berlinische Bodengesellschaft glaubt schon nach diesem Rezept verfahren zu müssen, und ist demzufolge über diese Firma die Sperre verhängt. Die Siedlungsgenossenschaft Lichtenrade tut das gleiche; am 3. d. M. wurden die Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer ausgesperrt, weil sie sich weigern in Akkord zu arbeiten. Jetzt hat man eine Bauarbeiter-Genossenschaft ins Leben gerufen, deren Satzungen in 22 Paragraphen zum Ausdruck kommen. Von einer Veröffentlichung dieser Satzungen müssen wir in Rücksicht auf den Raum der Tageszeitung Abstand nehmen. Die Gründung dieser Genossenschaft ist weiter nichts als ein verdecktes Akkordsystem, und gilt diese für die organisierte Bauarbeiterchaft ebenfalls als gesperrt. Akkordarbeit für Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer ist gemäß den Bestimmungen des Tarifvertrages verboten. Deutscher Bauarbeiter-Verband, Bezirksverein Berlin.

Die Gehälter in der Kolonialwarenbranche. Vom Zentralverband der Angestellten erhalten wir folgende Zuschrift: In Ihrer Zeitung vom 1. Juni er. bringt der Reichsverband Deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler eine Veranschlagung, welche den Löhnen nicht entspricht. Die Arbeitgeberverbände der Kolonialwarenbranche haben uns folgende Gehälter angeboten: Im 18. Lebensjahre 150 R., im 19. Lebensjahre 175 R., im 20. Lebensjahre 200 R.; für Verkäuferinnen um 18. Lebensjahre 135 R., im 19. Lebensjahre 160 R., im 20. Lebensjahre 185 R. Diese Vorschläge sind uns bereits am 12. Mai schriftlich seitens des Reichsverbandes Deutscher Kolonialwarenhandlender überliefert worden. Auch bei den Verhandlungen am 20. Mai sind uns dieselben Vorschläge gemacht worden. Es ist nicht untererzählt eine falsche Behauptung aufgestellt worden, sondern der Arbeitgeberverband verücht die Öffentlichkeit zu täuschen über die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Kolonialwaren-Detailbranche.

Vom Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, erhalten wir folgende Zuschrift: Zu der in Nr. 277, Dienstag-Abendausgabe, von der Firma Müller u. Teilnehmer veröffentlichten Entgegnung teilen wir mit, daß der Schiedspruch vom 12. Mai der Entscheidung des Demobilmachungskommissars nicht bedarf, da durch Schließung des Betriebes der Schlichtungsausschuss erneut angerufen und am 2. Juni bereits verhandelt wurde. Durch den unparteiischen Vorsitzenden, Gewerkschaftsleiter Herrn Dr. Reumann, ebenso von den Herren Arbeitgeber-Vertretern wurde sein Standpunkt und Verhalten in der ausgiebigsten Weise kargelegt und hat sich der Inhaber der Firma, Herr Jeremias, zu folgendem Vergleich bereit erklärt:

Sämtliche Arbeiter werden sofort, soweit sie keine andere Arbeit angenommen haben, wieder eingestellt, ebenso ist die volle Verzählung für den entgangenen Arbeitsverdienst anerkannt worden.

Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg, Köpenickerstr. 4 (Volkshaus): Unterhaltungabend. — Uranianer Vorstadt, Sonntag, den 6. Juni: Wanderung Bernau-Dele. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Schönhauser Allee. — Schönhauser Vorstadt II, Sonntag, den 6. Juni: Wanderung Oranien-Eden-Dele. 1/2 Uhr, Bahnhof Schönhauser Allee. — Tempelhofer Jugendklub, Lyngum, Germaniastr. 5/6: Unterhaltungabend. — Treptow-Baumschulweg, Sonntag, den 6. Juni: Wanderung Strausberg-Oranien. 1/2 Uhr, Wiener Straße.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Tempelhofer für Anzeigen: Ed. Glöck, Berlin. Verlag: Bornhorts-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Bornhorts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, 10789 1. Verlag.



Jah wöhle

J.F.A. MANN
ERNST LADEWIG
OTTO REICHEL
BUTERH. UNION
BUTERH. LRELEY

KAFFEE
TÄGLICH FRISCH
AUS EIGENEN ELEKTR. RÖSTEREIEIN



143
FILIALEN
IN GROSS-BERLIN,
LAGER-UNDBÜRO-RÄUME
SCHLESISCHESTRASSE // NR. 28